1/2022

Deutsches Institut
für Urbanistik

Berichte

Das Magazin des Difu

Aus dem Inhalt

4 Standpunkt
Europa ist kein Luxusthema: If you are not at the table, you are on the menu

6 Sonderthema
Kiezblocks für Berlin: Mehr als nur Poller!

10 Forschung & Publikationen
Kommunale Wärmeplanung wird immer wichtiger

21 Neue Projekte
Produktive Arbeit in urbanen Zentren

29 Veranstaltungen
Bühne frei: Kulturstrategien in ungewissen Zeiten

Editorial

Standpunkt

4 Europa ist kein Luxusthema: If you are not at the table, you are on the menu

Sonderthema

6 Kiezblocks für Berlin: Mehr als nur Poller!

Forschung & Publikationen

8 Hängt die Wohnstandortwahl von der Alltagsmobilität ab – oder umgekehrt?
9 Bauen mit Holz – ein Beitrag für den kommunalen Klimaschutz
10 Wärmeplanung wird für Deutschlands Kommunen immer wichtiger
12 Hitze, Trockenheit und Starkregen. Klimaresilienz in der Stadt der Zukunft
13 Strategien für Gründungsökosysteme: Konzept für die Landeshauptstadt Kiel
14 Durch Reallabore die Klimaresilienz in Kommunen fördern
15 Jahresrückblick gibt Einblicke in die Difu-Forschung 2021

Neue Projekte

21 Urbanität als Herausforderung
21 Produktive Innenstädte
22 Strukturierte Beteiligung
22 Städte nach Corona
23 Nachhaltig rentiert sich
23 Nachhaltig mobil auf dem Land
24 Gemeinsam für den Klimaschutz!
24 Umwelt im Quartier

Veranstaltungen

26 Veranstaltungsvorschau
27 Zusammenarbeit von Kommunen und Wohnungswirtschaft gestalten
28 Smart City-Projekte als Bausteine für eine nachhaltige Stadtentwicklung
29 Bühne frei! – Kulturstrategien in ungewissen Zeiten
30 Nachhaltig mobil in der Stadtregion – Interkommunale Planung im Fokus
31 Klimanotstand: Beschluss stärkt kommunale Klimaschutzaktivitäten

Nachrichten & Service

16 Was sind eigentlich Superblocks?
17 Veröffentlichungsüberblick
19 Difu-Service für Zuwender
20 Difu-Informationsangebote/ Impressum
32 Difu-Intern: Abschied und Neubeginn
33 Difu aktiv
34 Neues im Inter-/Extranet des Difu
35 Difu-Presseresonanz

Editorial

Foto: Difu

Liebe Leserin, lieber Leser,

in diesen Tagen der dramatischen Weltlage fällt es schwer, Arbeits- und Alltagsroutinen zu bewältigen. Die Berichte und Bilder aus den Medien machen fassungslos. Wir denken an die Menschen in der Ukraine, die gerade um ihr Leben und das ihrer Lieben bangen müssen und alles verlieren, was sie sich aufgebaut haben –, statt beispielsweise als Wissenschaftlerin oder Wissenschaftler Ideen zu entwickeln, wie Gesellschaft und Leben besser gestaltet werden können.

Am Deutschen Institut für Urbanistik forschen wir seit fast 50 Jahren, wie wir unsere Städte lebenswerter machen können. In der Ukraine werden Städte zerstört und Leben brutal ausgelöscht.

Ja, es stimmt, dass wir in Europa mit deutlich weniger Empathie und Besorgnis zugesehen haben, als etwa die Stadt Aleppo vor nicht allzu langer Zeit regelrecht in Schutt und Asche gelegt wurde. Für diese andere Betroffenheit mag es Gründe geben, aber Versäumnisse dürfen nicht zu falschen Relativierungen führen. Angesichts der wenigen konkreten Dinge, die wir tun können, sind Empörung und Entsetzen gegenüber der russischen Staatsführung und Solidarität mit den Menschen in der Ukraine das Mindeste.

In den Jahren seit 2015 haben die Kommunen in Deutschland und auch wir am Difu kurzfristig viele Erfahrungen gesammelt und Know-how aufgebaut, um Zuwanderung von Kriegsflüchtlingen humanitär zu bewältigen. Sicherlich wird dieses Wissen in der aktuellen Situation helfen, um den Geflüchteten das Ankommen zu erleichtern.

Wir am Difu appellieren – wie viele andere Wissenschaftler*innen weltweit –, dass dieser Krieg sofort beendet wird und in Zukunft keine weiteren begonnen werden!

Willy Brandt hat einmal gesagt „Der Frieden ist nicht alles, aber alles ist ohne den Frieden nichts."

Ich finde, das stimmt.

Prof. Dr. Carsten Kühl
Wissenschaftlicher Direktor, Geschäftsführer

Europa ist kein Luxusthema: If you are not at the table, you are on the menu

Sich in Europa zu vernetzen, ist für viele Kommunen in Deutschland immer noch keine Selbstverständlichkeit. Dabei gehören Kommunen dringend mit aufs Spielfeld! Nur so sind sie in der Lage Gesetze, Fördermöglichkeiten und Regularien mitgestalten.

Saßen die deutschen Kommunen in der Vergangenheit meist auf der Zuschauertribüne des „Europa-Stadions“, so werden sie zunehmend Teil des Spiels. Und das ist gut so, denn ohne kommunale Beteiligung und Umsetzung sind die übergeordneten Ziele in den für die Zukunft wichtigen Bereichen Klimaschutz, Digitalisierung, Wirtschaft und Demokratie nicht zu erreichen.

Auch ohne direkt auf die Städte einzuwirken, schafft die europäische Ebene beständig neue Wege, mit der kommunalen Ebene zu arbeiten, Städte zu fördern – und zu fordern. Davon zeugt die wachsende Rolle von Kommunen in der Forschungsförderung, wie die fünf neuen „EU-Missionen“, die europäische Städteagenda sowie eine Vielzahl von Preisen und Awards für progressive Städte. Ohne kommunale Partner, Pilotstädte oder Städtenetzwerke an Bord ist die Projektförderung nahezu aussichtslos geworden. Auch die große Mehrheit der europäischen Verordnungen, Richtlinien oder Empfehlungen wirkt sich lokal aus. Meist werden diese über die Umwandlung in nationales Recht zur kommunalen Aufgabe.

Trotz direkter Auswirkungen für die Kommunen und gefüllter Fördergeldbeutel entfallen „Europa-Fragen“ im kommunalen Tagesgeschäft jedoch oft als erstes. Europa gilt schnell als Luxusthema, das man sich leisten können muss. Tatsächlich mangelt es vielen Kommunen an finanziellen wie personellen Ressourcen. Vor allem aber mangelt es an einer Vorstellung davon, was europäische Initiativen bewirken können.

Deutsche Kommunen bringen sich deutlich weniger in das europäische Handeln ein als unsere Nachbarn. Niederländische, italienische und spanische Städte aller Größenordnungen sind präsent. Sie generieren mit Hilfe europäischer Forschungsförderung bis zu 100 Euro Projektmittel vor Ort für jeden investierten Euro.

Um Partner zu finden, treten die Städte europäischen Netzwerken bei. In den letzten Jahren hat die Zahl solcher Netzwerke deutlich zugenommen. Manche sind dauerhaft konstituiert, andere projektbezogen. Es gibt thematische Netzwerke, die Wirtschaft, Wissenschaft und öffentliche Hand zu einem Thema zusammenbringen. Andere Netzwerke repräsentieren dagegen einen Sektor, z.B. Industrie- oder Forschungsnetzwerke. Städtenetzwerke dienen den Kommunen als Plattform und auch als Lobby. So deckt EUROCITIES zum Beispiel die ganze Bandbreite kommunaler Themen ab, POLIS hingegen spezialisiert sich auf bestimmte Themen, in denen sich die jeweiligen Fachleute der Verwaltung austauschen. Daher dienen europäische Netzwerke den Kommunen auf ganz unterschiedliche Art und Weise:

- An den Erfahrungen anderer teilhaben
  Manche Maßnahmen, die in Deutschland noch Zukunftsmusik sind, wurden anderswo bereits umgesetzt – oder umgekehrt. Wie löst Rotterdam die Frage der Ladestationen für E-Fahrzeuge? Wie hat Stockholm Akzeptanz für die Citymaut geschaffen? Von den Erfahrungen anderer Städte mit neuen Lösungswegen können Kommunen als auch profitieren, wenn sie nicht in unmittelbarer Nachbarschaft liegen. In Arbeitsgruppen der Städtenetzwerke oder in gemeinsamen Projekten lernen Mitarbeitende der Kommunalverwaltung einander kennen und nehmen Anregungen aus den innovativsten Städten Europas mit nach Hause.
- Rückendeckung und Stärkung erfahren
  Für Mitarbeitende in den Kommunalverwaltungen liefert ihr europaweites Netzwerk Expertise, Inspiration und – besonders wichtig – Rückenwind. Besonders schätzen sie den Rückhalt ihrer europäischen Kollegen, der sie ermutigt Neues auszuprobieren und Widerstände vor Ort auszuhalten. Für Kommunen ist der europaweite Austausch eine Chance, sich mit Erfolgen zu präsentieren und Anerkennung zu ernten. Das poliert das Image und erhöht die Attraktivität als Arbeitgeber sowie Wohn- und Unternehmensstandort.
- Von EU-Forschungsprojekten profitieren
  In Forschungsprogrammen wie „Horizont Europa“ fördert die EU Projekte, in denen sich Konsortien aus Forschung, Wirtschaft und Verwaltung verschiedener Länder bilden. Kommunen, Städte und Regionen erhalten Gelder für Projekte und Personal, um Forschungsergebnisse in der Praxis zu erproben und in Expertengruppen Erfahrung zu diskutieren und Empfehlungen zu erarbeiten. Dresden hat

Foto: Alessia Giorgiutti

Dagmar Köhler
+49 30 39001-108
koehler@difu.de

zum Beispiel über das EU-Projekt „Ch4llenge“ zusätzliche Ressourcen für die Arbeit am Verkehrsentwicklungsplan generiert. Barcelona hat sich mit Hilfe von EU-Projekten zu einer Vorreiterstadt im urbanen Lieferverkehr etabliert. Neben finanziellen und personellen Ressourcen bieten EU-Projekte einen Rahmen, um innovative Lösungen zu erproben.

- Gehör in der EU-Gesetzgebung finden
  Über Städtenetzwerke kommunizieren Kommunen gemeinsam ihre Bedarfe, Probleme und Grenzen – zum Beispiel, wenn an neuen Gesetzen, Richtlinien oder Förderprogrammen gearbeitet wird. Das ist sehr wichtig, da Kommunen keine formelle Rolle im Gesetzgebungsprozess innehaben. Beispielsweise haben sich Städte auf Initiative Londons erfolgreich dafür eingesetzt, dass LKWs und Busse künftig mit mehr Rundumsicht gebaut werden, um für den europäischen Markt zugelassen zu werden.

Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) unterstützt Kommunen bei der europäischen Vernetzung beispielsweise im Rahmen des neuen vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) geförderten Projekts „Smart Cities befähigen“. Bei der Auftaktkonferenz im Februar 2022 berichtete die niederländische Stadt Helmond, warum sie europäische Wege geht. Helmond gründete innerhalb des Städtenetzwerks POLIS die „Plattform für kleine und mittlere Städte“. Mit Hilfe europäischer Projekte und Netzwerke hat sich die Stadt international als Innovationsstandort für smarte Mobilität einen Namen gemacht. Gert Blom von der Stadtverwaltung nannte auf der Auftaktkonferenz des Projekts folgende Gründe für Helmonds europäisches Engagement:

- EU-Projekte brächten Gelder und damit Ressourcen, um Prioritäten der Stadt voranzutreiben. Sie steigerten den Anreiz, Forschungsprojekte in der Praxis umzusetzen.
- Europäisches Engagement locke Investoren an und mache attraktiv für Nachwuchskräfte.
- Europäische Netzwerke stärkten die Stadt nach innen und außen und eröffnen den Zugang zu aktuellem Forschungswissen und anderen engagierten Städten.
- Im Verbund mit anderen werde die Stimme der Stadt auf europäischer Ebene gehört. So setzte sie sich erfolgreich für verpflichtende Geschwindigkeitsassistenzsysteme für Neuwagen in der EU ein.

Kommunen sind in den letzten Jahren auf der europäischen Bühne zunehmend präsenter und auch gemeinsam lauter geworden. Aber im Vergleich zu anderen europäischen Ländern sind deutsche Kommunen noch deutlich unterrepräsentiert. Um nicht von neuen Gesetzen, Regularien und Förderprogrammen überrascht zu werden, sollten die deutschen Kommunen deutlich umfangreicher als bisher von der ‚europäischen Zuschauertribüne aufs Spielfeld‘ wechseln und mitgestalten. Nur im engen Miteinander mit anderen Akteuren ist es möglich, den eigenen Bedarf adäquat zu formulieren und damit später auch in Gesetzen und Förderprogrammen berücksichtigt zu werden und vom Erfahrungs- und Wissensaustausch zu profitieren.

Gert Blom von der Stadt Helmond zitiert dazu den Politiker Michael Enzi: „If you are not at the table, you are on the menu.“ Sinngemäß also: Wer nicht mit am Verhandlungstisch sitzt, wird zur Verhandlungsmasse. Für die Bewältigung der Zukunftsherausforderungen werden die Kommunen dringend auf dem Spielfeld gebraucht. Auch die aktuelle Weltlage zeigt uns schmerzlich, dass die Zukunft nicht im Alleingang, sondern nur im Miteinander zu bewältigen ist.

zum Weiterlesen

Smart Cities befähigen: Handlungsansätze zur europäischen Vernetzung (Projekt gefördert vom BBSR): www.difu.de/16785

Hannah Neumann, Rasmus Andresen, Niklas Nienaß (2022): EU-Fördergelder für die Kommune: Einstieg und Wegweiser, Brüssel: www.bit.ly/3sQ22Gn

Die fünf „EU Missionen“ sind ein neues Element des Forschungsrahmenprogramms „Horizont Europa“, mit denen die zentralen Herausforderungen unserer Zeit adressiert werden: www.bit.ly/3oYqRik

Kiezblocks für Berlin: Mehr als nur Poller!

Barcelona hat sie als „Superblocks“ berühmt gemacht und in Berlin sind sie seit zwei Jahren als „Kiezblocks“ eine viel diskutierte Maßnahme der Verkehrswende und für eine nachhaltige Stadtentwicklung.

Allein in Berlin haben sich mehr als 50 Kiezblock-Initiativen gebildet. So wird in Neukölln, Friedrichshain-Kreuzberg, Mitte und Pankow an der Umsetzung von Kiezblocks gearbeitet. Laut Berliner Koalitionsvertrag sowie Zählgemeinschaftsvereinbarungen auf Bezirksebene soll diese Zahl in den nächsten Jahren schrittweise gesteigert werden. Mit diesen Aktivitäten ist Berlin nicht allein, die Hamburger nennen Kiezblocks „Superbüttel“, die Darmstädter „Heinerblocks“ und die Wiener „Supergrätzel“.

Doch was verbirgt sich hinter diesem Begriff? Die Konzepte vieler Kiezblockinitiativen erinnern an die Verkehrsberuhigung der 1980er-Jahre. Hierbei ging es darum, den Durchgangsverkehr aus den Wohnquartieren zu verbannen, die Geschwindigkeit zu reduzieren und den Straßenraum für mehr Grün und Aufenthalt aufzuwerten. Diese Ziele gehörten damals wie heute zu den Grundelementen der Verkehrsberuhigung. Das, was heute die Gemüter bewegt, wurde bereits 1986 in einer Broschüre des CDU-geführten Bauministeriums treffend illustriert. Ist es also nur alter Wein in neuen Schläuchen?

Tatsächlich fehlt der Diskussion über Kiezblocks ein klares, gemeinsames Verständnis über die Definition. Sind Kiezblocks allein vom Durchgangsverkehr befreite Wohnquartiere? Gehört eine Umverteilung des Straßenraums für den Aufenthalt, für eine sichere Fortbewegung zu Fuß und mit dem Rad dazu? Müssen dafür parkende Autos weichen und der ruhende Verkehr anders organisiert werden? Sind Entsiegelungsmaßnahmen zur Vermeidung von Hitzestaus Pflicht oder Kür?

Im Gegensatz zu den 1980er-Jahren besteht ein grundsätzlicher Unterschied: Die Handlungsnotwendigkeit ist durch die Flächenkonflikte im Straßenraum enorm gestiegen. Die Dominanz des Pkws hat zugenommen, der Lieferverkehr ist explodiert und die üblichen Navigationssysteme führen dazu, dass Ausweichverkehr zunehmend auch die Nebenstraßen belastet. Zu diesen Herausforderungen kommen Forderungen nach mehr Freiräumen für Menschen in ihrer Nachbarschaft, nach mehr Platz für Fuß- und Radverkehr und nach klimaangepassten öffentlichen Räumen. Das Konzept der Superblocks ist also kein alter Wein in neuen Schläuchen, sondern zeigt, dass gewachsener Handlungsbedarf die Akzeptanz gegenüber Maßnahmen steigert und so tiefgreifende Konzepte umsetzbar werden - wie viele internationale Vorbilder beweisen.

Vorbild für Kiezblock-Initiativen ist das Konzept der „Superblocks“ in Barcelona. Auf dem Schachbrett-Grundriss der katalanischen Hauptstadt sind mehrere Wohnblöcke zu einem „Superblock“ zusammengefasst. Die Straßen innerhalb dieses Gebiets werden zu Gunsten von Fuß- und Radverkehr sowie mehr Aufenthaltsqualität für Jung und Alt umgestaltet. Motorisierte Fahrzeuge können weiter einfahren, liefern und laden, jedoch nur noch sehr eingeschränkt parken und vor allem nicht mehr – und das ist ein wichtiger Unterschied – hindurchfahren. Daneben gibt es auch in anderen europäischen Ländern ähnliche Modelle zur Umgestaltung des öffentlichen Straßenraums. In London wurden zwischen 2013 und 2019 „Mini-Hollands“ in drei Außenbezirken umgesetzt. Maßnahmen sind hier Kfz-Durchfahrtssperren, die Verbesserung von Rad- und Fußwegen sowie attraktivere Straßen und Plätze unter anderem in Form von „Pocket Parks“. Aktuell sucht das britische Verkehrsministerium zwölf Kommunen außerhalb Londons, die dieses Erfolgsmodell vor Ort umsetzen möchten. Auch der Traffic Circulation Plan der belgischen Stadt Gent bedient sich der grundlegenden verkehrssteuernden Idee von Superblocks. Autos können in ein Gebiet einfahren, es jedoch nicht als „Schleichweg“ nutzen.

Der besondere Vorteil der Blocks zeigt sich vor allem mit Blick auf die Herausforderungen des Stadtverkehrs: Es gilt, trotz geringerem Autoverkehr mehr Mobilität zu gewinnen. Kiezblocks vereinen im Alltagsleben im Wohnquartier Maßnahmen, die dem Auto zwar Platz wegnehmen, den Anwohnenden jedoch mehr Lebensqualität geben und Mobilität erhalten. Sie stellen Menschen und nicht das Auto in den Mittelpunkt des Wohnquartiers. Und Kiezblocks sind mit ihrem gebietsbezogenen Blick eine Blaupause für die Verkehrswende in den Städten, die verdeutlicht, dass städtebauliche Aufgaben mit Verkehrsplanungen zusammengedacht werden müssen. Denn eine umgestaltete Straße macht noch längst keinen Kiezblock und erst recht keine Verkehrswende. Im Idealfall ist ein

Fotos: Difu

Dipl.-Geogr. Uta Bauer
+49 30 39001-151
bauer@difu.de

Thomas Stein, M.A.
+49 30 39001-181
stein@difu.de

Kiezblock so groß, dass wichtige Alltagswege wie Lebensmitteleinkauf, Kita- und Schulweg zu Fuß funktionieren. Städtebauliche Leitbilder wie die der „15-Minuten Stadt“ bieten hier Orientierung.

Ziele, die durch Kiezblocks erreicht werden sollen:

- Pkw-Dichte deutlich reduzieren,
- Lebens- und Aufenthaltsqualität verbessern,
- lokalen Einzelhandel, Gewerbe und Gastronomie stärken,
- nachbarschaftliche Strukturen und sozialen Zusammenhalt unterstützen,
- für mehr Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer*innen sorgen,
- verkehrsberuhigte öffentliche Räume schaffen,
- die Bedingungen für das Gehen und Radfahren verbessern und
- urbane Hitzeinseln vermeiden.

Bei der Umsetzung der Kiezblocks in Berlin zeigt sich bisher ein uneinheitliches Bild. In Ermangelung einer berlinweiten Definition werden meist Maßnahmen zur Unterbindung des Kfz-Durchgangsverkehrs mit dem Begriff Kiezblocks assoziiert, wie im Samariterkiez, Bellermannkiez oder straßenbezogenen Umgestaltungen in der Bergmannstraße. Maßnahmen der Parkraumbewirtschaftung und des Parkraummanagements werden nicht von allen Kiezblock-Initiativen eingefordert und in keinem der geplanten Kiezblocks in Angriff genommen. Dies muss nicht gegen die Kiezblock-Dynamik sprechen, denn sie können auch als Stufenmodell umgesetzt werden:

Zunächst werden mit baulichen und verkehrstechnischen Maßnahmen (Diagonalsperren, gegenläufige Einbahnstraßen) Wohnquartiere vom Durchgangsverkehr entlastet, die Geschwindigkeit reduziert und punktuell/temporär der Straßenraum umgestaltet (Blumenkübel, Parklets, Spielstraßen). Es folgt eine konsequentere Umgestaltung des Straßenraums: Maßnahmen wie eine systematische Parkraumbewirtschaftung und die schrittweise Umorganisation der Stellplätze vom öffentlichen Raum in private und öffentliche Sammel-/Quartiersgaragen schaffen Platz für eine verbesserte Radverkehrsinfrastruktur, für Lieferzonen, attraktive grüne Plätze mit Spiel und Sitzmöglichkeiten und Gehwege. Zuletzt werden Mobilitätsstationen mit dem Angebot multimodaler Sharingfahrzeuge ins Wohnquartier integriert. Der Privat-Pkw wird zunehmend überflüssig, für auf einen Pkw Angewiesene bleibt jedes Haus erreichbar. Entsiegelungsmaßnahmen und eine Ausdehnung der Grünflächen tragen zur Verbesserung der Luft bei und vermeiden Hitzeinseln.

Diese Vorgehensweise ist als aufeinander aufbauendes Verfahrensmodell für die Implementierung von Kiezblocks zu verstehen, sollte aber deutlich machen, dass ein vom Durchgangsverkehr befreiter Kiez nur ein Auftakt ist. Der erste Schritt ist für die Akzeptanz vor Ort wichtig, besonders dann, wenn unter Anwohnenden noch kein breiter Konsens über die Verkehrsraumumnutzung besteht.

Kiezblocks sind daher mehr als ein paar Poller, sie wären ein Gewinn für nachhaltige, lebensfreundliche Stadträume. Damit wird auch deutlich, dass verkehrstechnische Konzepte allein zu kurz greifen. Die Umnutzung und Umgestaltung öffentlicher Räume braucht (grün)gestalterische, stadtplanerische und nicht zuletzt wohnungspolitische Expertise. Derartige Transformationsprozesse verlaufen nicht ohne Konflikte. Neben der Befürchtung, kein eigenes Auto parken zu können, zählen Verkehrsverlagerung auf die Hauptstraßen sowie Gentrifizierung der Kieze durch Aufwertung des Wohnumfelds zu den häufigen Gegenargumenten. Kiezblockkonzepte müssen diese Aspekte berücksichtigen und ressortübergreifend lösen, beispielsweise mit wohnpolitischen Maßnahmen. Kommunikation ist also unersetzlich, heißt jedoch auch, demokratisch beschlossene Ziele und Maßnahmen konsequent zu verfolgen. Internationale Beispiele aus London und Gent zeigen, dass politischer Mut und konsequente Umsetzung belohnt

Foto: Uta Bauer, Difu

werden und Verantwortliche trotz erheblicher Proteste wiedergewählt wurden. Die Erfahrungen zeigen, dass Anwohnende solchen innovativen Konzepten oft positiver gegenüberstehen, als Verwaltung und Politik es vermuten.

Damit Deutschlands Kommunen erfolgreich Kiezblocks und ähnliche Konzepte umsetzen können, bündelt das Difu Erfahrungs- und Umsetzungswissen der Berliner Bezirke und anderer europäischer Städte. So steht im Fachforum „Berliner Kiezblocks“ der Austausch zum Thema Neuverteilung des öffentlichen Raums und im speziellen zur Umsetzung von „Kiezblocks“ im Mittelpunkt.

zum Weiterlesen

Nicolina Kirby, Dirk von Schneidemesser, (2022): Kiezblocks – Stadtgestaltung Top-down oder Bottom-up? www.bit.ly/3hTEeMQ

Kai Zimmermann, Lars Zimmermann (2020): Nachhaltigkeitseffekte durch Smart Cities am Beispiel der Superblocks in Barcelona. Journal für Mobilität und Verkehr (5), 35–43: www.bit.ly/3CpzW9k

Glossar: Was ist eigentlich ein Superblock? www.difu.de/17238

Sven Eggimann (2022): The potential of implementing superblocks for multifunctional street use in cities. Nature, Nat Sustain: www.bit.ly/3KUOAZ6

Hängt die Wohnstandortwahl von der Alltagsmobilität ab – oder umgekehrt?

Kommunen können auf das Mobilitätsverhalten am Wohnort Einfluss nehmen – und sie sollten dies auch tun, um nachhaltige Mobilität zu fördern. Eine neue Studie zeigt wissenschaftliche Grundlagen auf und beschreibt, was Kommunen bewirken können.

Mobilität beginnt an der Wohnungstür. Die Alltagsmobilität der Menschen und die Verkehrsentwicklung sind daher eng mit den Gegebenheiten rund um die Wohnung und individuellen Wohnstandortentscheidungen verknüpft. Durch Mobilitätskonzepte, die das einzelne Quartier in den Blick nehmen und Siedlungsstrukturen, die Verkehr vermeiden, versuchen Kommunen derzeit, das Mobilitätsverhalten so zu beeinflussen, dass die Umwelt geschont und der öffentliche Raum zugleich lebenswerter werden. Geteilte Autos, Fahrräder oder Mietertickets sollen dabei helfen, ein eigenes Auto möglichst obsolet werden zu lassen. Der zunehmende Verkehr und die wachsende Pkw-Dichte verdeutlichen jedoch, wie groß Herausforderungen und Handlungsbedarf sind.

Eine Auswertung vorhandener Studien zeigt die komplexen Wechselwirkungen zwischen der Wohn- und Alltagsmobilität sowie den Einfluss der Raumstruktur und lokal verfügbarer Mobilitätsangebote. Auch werden darin mobilitätsbezogene Maßnahmen im Neubau und Bestand aus planerischer Sicht vorgestellt und bewertet. Die Publikation wurde vom Deutschen Institut für Urbanistik und der TU Dortmund im Rahmen des BMBF-Forschungsprojekts „Stadtstruktur, Wohnstandortwahl und Alltagsmobilität“ (STAWAL) erarbeitet.

Der Fokus der Forschungsarbeit liegt auf Veränderungen in der Alltagsmobilität, die mit Umzügen einhergehen. Ein Umzug stellt in der „Mobilitätsbiographie“ ein Schlüsselereignis dar: Tägliche Routinen ändern sich mit anderen räumlichen Gegebenheiten. Dadurch kann auch eine Veränderung von Verhaltensroutinen am neuen Standort einhergehen. Unterscheiden sich das räumliche Umfeld und/oder die Verkehrsangebote deutlich vom vorherigen Standort, ist es wahrscheinlicher, dass sich auch das Mobilitätsverhalten ändert. Nicht zu vernachlässigen ist dabei das Verkehrsangebot am Arbeitsplatz, der neben dem Wohnort einen zentralen Aktivitätsstandort darstellt. Das dortige Verkehrs- und Parkplatzangebot hat Auswirkungen auf die Verkehrsmittelwahl der Beschäftigten im Berufsverkehr und prägt auch die Verkehrsmittelwahl für weitere Aktivitäten.

Aus diesem Grund setzen immer mehr Kommunen auf quartiersbezogene Mobilitätskonzepte. Konkrete Maßnahmen unterscheiden sich dabei je nachdem, ob es sich um Neubau- oder Bestandsquartiere handelt. Für eine erfolgreiche Umsetzung ist besonders die Kooperation von Wohnungswirtschaft und Kommunen eine Grundvoraussetzung. Die kommunale Stellplatzsatzung ist hierbei ein besonders effektives Instrument, durch das auch Kosteneinsparungen beim Stellplatzbau erreicht werden können. Wie Konzepte detailliert ausgestaltet werden müssen, um das Mobilitätsverhalten der Wohnbevölkerung nachhaltiger zu gestalten, ist ein künftiger Untersuchungsschwerpunkt des Forschungsprojekts. Hierbei geht es um methodisch robuste, evidenzbasierte, wissenschaftlich fundierte Belege für die Wirkung von strukturellen Rahmenbedingungen und entsprechenden Mobilitätsangeboten auf das Mobilitätsverhalten.

www.difu.de/17193
www.difu.de/16060

Dipl.-Geogr. Uta Bauer
+49 30 39001-151
bauer@difu.de

Thomas Stein, M.A.
+49 30 39001-181
stein@difu.de

Bauen mit Holz – ein Beitrag für den kommunalen Klimaschutz

Das Difu veröffentlicht einen Leitfaden zur Förderung des Holzbaus in Kommunen. Darin werden die Erkenntnisse aus dem Ideenaufruf „Bauen mit Holz – ein Beitrag für den kommunalen Klimaschutz in Baden-Württemberg“ vorgestellt.

Die Frage, wie gebaut wird, findet im umweltpolitischen Diskurs zunehmend Gehör. Das ist sehr berechtigt, denn Bauen verbraucht viele Ressourcen wie Baumaterialien, Energie, Wasser, Flächen und Boden. Der Bausektor ist für rund 40 Prozent der globalen Treibhausgas-Emissionen verantwortlich. Veränderungen in diesem Bereich haben daher eine starke Hebelwirkung für den Klimaschutz .

Die Nutzung von Holz als Baumaterial ist gut für den Klimaschutz. Mit dem Einsatz von Holz – das ein guter CO_2-Speicher ist – können klimaschädliche Baumaterialien substituiert werden. Zudem ist Holz ein nachwachsender Rohstoff, der national und regional verfügbar ist. Holz besitzt auch als Baumaterial Vorteile: Holz dämmt gut und ist mit seinem geringen Gewicht gut für Aufstockungen und Baulückenschließungen geeignet, Vorfertigungen für serielles Bauen sind möglich und Holzkonstruktionen können schnell verbaut werden.

Um die Nutzung von Holz zu fördern, hat das Ministerium für ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg (MLR) im Rahmen der Holzbau-Offensive – unterstützt durch das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) – 2020 den zweistufigen Ideenaufruf „Holzbau als Bestandteil des kommunalen Klimaschutzes“ initiiert. Gesucht wurden innovative Ideen in Kommunen zur Entwicklung von Holzbau- und Hybridprojekten, Instrumente der Stadtplanung, eigene Liegenschaften oder PR-Aktionen für das Bauen mit Holz. Insgesamt standen 6,5 Mio. Euro zur Verfügung, und in der ersten Förderphase wurden 44 Projektideen aus Kommunen eingereicht.

Für die Erarbeitung ihres detaillierten Umsetzungskonzepts erhielten 26 Kommunen eine Förderung von bis zu 25.000 Euro. In der zweiten Förderphase wurden von einer Fachjury innovative Ideen aus 18 Kommunen für eine weitere umfassende Förderung zur Umsetzung der Projektideen ausgewählt. Eine Fördersumme von bis zu 400.000 Euro pro Kommune erhalten damit: Baiersbronn, Bernau, Ettlingen, Freiburg, Haßmersheim, Heidenheim, Heilbronn, Herrenberg, Karlsruhe, Landkreis Karlsruhe, Konstanz, Leinfeld-Echterdingen, Lörrach, Schwäbisch-Gmünd, Stuttgart, Waldenbuch, Weinstadt, Wendlingen am Necker.

Damit von den im Rahmen des Ideenaufrufs gesammelten guten Beispielen zum Bauen mit Holz auch andere Kommunen profitieren können, hat das Difu den Leitfaden „Bauen mit Holz – ein Beitrag für den kommunalen Klimaschutz in Baden-Württemberg“ erarbeitet. Darin wird auf globale und nationale Trends sowie auf die Relevanz des Bauens eingegangen, Vor- und Nachteile beim Bauen mit dem Material Holz werden beschrieben und die 18 Projektideen des Ideenaufrufs vorgestellt. Auch werden kommunale Förderinstrumente aufgezeigt und Handlungsempfehlungen gegeben. Der in Kürze erscheinende Leitfaden richtet sich vorrangig an Planende, kommunale Fachämter und die Lokalpolitik. Die Publikation soll Möglichkeiten aufzeigen, wie in Kommunen das Bauen mit Holz – im urbanen und im ländlichen Raum – gefördert werden kann. Sie bietet somit Hilfestellung für Kommunen und ist zugleich ein Beitrag für den Klimaschutz.

www.difu.de/publikationen
www.bit.ly/3KHNBLM

Dipl.-Ing. (FH)
Maic Verbücheln
+49 30 39001-263
verbuecheln@difu.de

Wärmeplanung wird für Deutschlands Kommunen immer wichtiger

Die Energiewende kann nur funktionieren, wenn eine Wärmewende gelingt. Dafür müssen städtische Wärmeversorgungssysteme umgebaut werden. Das Difu hat untersucht, welchen Beitrag das Instrument der kommunalen Wärmeplanung dabei leisten kann.

Mehr als ein Drittel der Energie in Deutschland wird zum Heizen verbraucht. Umso schwerer wiegt, dass die für den Gebäudesektor im Bundesklimaschutzgesetz verankerten Ziele verfehlt werden. Ohne eine treibhausgasneutrale Wärmeversorgung des Gebäudebestands kann die notwendige Energiewende jedoch nicht gelingen. Daher gilt es, zügig den Wärmebedarf mittels energetischer Sanierungen erheblich zu reduzieren und den verbleibenden Anteil aus erneuerbaren Energien und unvermeidbarer Abwärme über hocheffiziente Versorgungssysteme zu decken.

Hierbei ist die Planung in den Kommunen besonders wichtig. Langfristige, räumlich abgestimmte Strategien müssen entwickelt werden, um lokale Potenziale für die Erreichung der Klimaziele zu nutzen. Kommunen sind Schlüsselakteure, um einen Strategieprozess zu koordinieren, der zu treibhausgasneutralen und wirtschaftlichen Wärmeversorgungssystemen führt. Sie müssen die komplexen Veränderungsprozesse aktiv und strategisch – mit Energieversorgern, Wohnungsunternehmen und Privateigentümern – gestalten. Eine kommunale Wärmeplanung ist dabei Leitinstrument für die Wärmewende in Kommunen.

Im Auftrag des Umweltbundesamts betrachtete das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) verschiedene Wege der kommunalen Wärmeplanung aus Wissenschaft und Praxis. Das Gutachten zeigt den aktuellen Stand der Debatte zur kommunalen Wärmeplanung in Deutschland auf und fasst Ergebnisse relevanter Forschungsprojekte zusammen. Die Studie beleuchtet Aufgabenfelder innerhalb der kommunalen Wärmeplanung und stellt dazu ein Referenzmodell vor. Zudem werden Einsatzbedingungen, Umsetzungshemmnisse und Lösungswege auf kommunaler Ebene reflektiert.

Nachdem einige Nachbarländer kommunale Wärmeplanung teils seit Jahrzehnten praktizieren, wird sie nun auch in Deutschland in Wissenschaft und Praxis zum zentralen Thema. In einigen Bundesländern ist Wärmeplanung für Kommunen bereits verpflichtend und Teil der kommunalen Daseinsvorsorge. Es ist zu erwarten, dass die Bedeutung weiter zunehmen wird und mehr Kommunen zur Wärmeplanung verpflichtet werden.

Das strategische Instrument der Wärmeplanung soll eine systematische, wirksame und bezahlbare Wärmewende ermöglichen. Es sorgt für eine treibhausgasneutrale Wärme- und Kälteversorgung des Gebäudebestands der Kommunen. Eine intelligente Kombination von Effizienzmaßnahmen und erneuerbarer Wärmeversorgung dient dabei als Grundlage für Stadtentwicklung und Energieplanung. Kommunale Wärmeplanung steht nicht für sich, sie ist ein zentrales Instrument, das künftig bei allen Planungen und Umsetzungsschritten der Stadtentwicklung berücksichtigt werden muss. Die Verknüpfung mit anderen Instrumenten und Verfahren der Stadtentwicklung und die Berücksichtigung der Wärmeplanung bei aktuellen Entwicklungsprojekten und stadtpolitisch wichtigen Themen wie sozialverträglicher Wohnraumversorgung ist dabei wichtig für das Gelingen.

www.difu.de/17176

Robert Riechel
+49 30 39001-211
riechel@difu.de

Dipl.-Geogr. Jan Walter
+49 221 340308-26
walter@difu.de

Hitze, Trockenheit und Starkregen. Klimaresilienz in der Stadt der Zukunft

Das Deutsche Institut für Urbanistik begleitete im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) Projekte der Leitinitiative Zukunftsstadt. Zentrale Ergebnisse der Zukunftsstadtforschung wurden praxisorientiert aufbereitet.

Welche Folgen anhaltende Hitzewellen und Dürreperioden sowie Starkregenereignisse haben können, mussten viele Kommunen in Deutschland in den vergangenen Jahren bereits erfahren. Im Zuge des Klimawandels werden diese wetterbedingten Extremereignisse zukünftig häufiger auftreten und in ihrer Intensität zunehmen. Städte sind von den Folgen des Klimawandels in besonderem Maße betroffen. Zentrumslagen und dicht bebaute Quartiere werden zu Hitzeinseln mit deutlich höheren Temperaturen als im Umland – mit negativen Folgen für die die Gesundheit. Der hohe Versiegelungsgrad behindert den natürlichen Wasserabfluss und kann bei Starkregenereignissen zu Überflutungen führen. Die fortschreitende Urbanisierung mit anhaltendem Flächenwachstum und die Nachverdichtung der Innenstädte verstärken die sich verändernden klimatischen Bedingungen zusätzlich.

Die Steigerung der städtischen Klimaresilienz ist einer der maßgeblichen Treiber für urbane Transformationsprozesse hin zu nachhaltigem Handeln. Dazu gehört die Stärkung der Widerstandskraft und Anpassungsfähigkeit gegenüber klimabedingten Gefahren. Über den bloßen Erhalt eines Ausgangszustands hinaus geht es dabei um die Lernfähigkeit städtischer Systeme in Bezug auf den Umgang mit dem sich verändernden Klima.

Der städtischen Klimaresilienz ist ein eigenes Fokusthema in der Synthese und Vernetzung der Zukunftsstadtforschung (SynVer*Z) des Bundesministeriums für Bildung und Forschung gewidmet. Unter Federführung des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu) begleitet SynVer*Z die Forschungsprojekte der BMBF-Fördermaßnahmen „Umsetzung der Leitinitiative Zukunftsstadt: Forschung für klimaresiliente, sozial-ökologisch gerechte und lebenswerte Städte“ und „Nachhaltige Transformation urbaner Räume“. SynVer*Z dient der Vernetzung der Forschungsprojekte untereinander und unterstützt ihre Sichtbarkeit nach außen. Eine vom Difu gemeinsam mit dem Deutschen Städte- und Gemeindebund (DStGB) herausgegebene Broschüre bündelt die zentralen Projektergebnisse zur städtischen Klimaresilienz und bereitet sie für die kommunale Praxis auf. Strukturiert nach den Themenfeldern grüne Infrastrukturen, wasserbezogene Extremereignisse, kooperative Prozesse und Beteiligung sowie Informationsgrundlagen und Planungsinstrumente präsentieren 15 Zukunftsstadt-Projektteams konkrete Beispiele zum Umgang mit den Folgen des Klimawandels im städtischen Kontext.

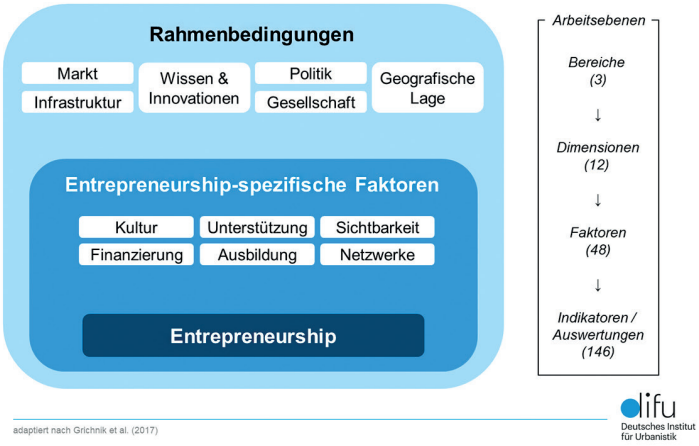
Die Beiträge zeigen beispielsweise anhand von Modellierungen die Auswirkungen von Nachverdichtungsstrategien auf das Mikroklima und den Starkregenabfluss im Quartier, die Potenziale zusätzlicher Begrünungsmaßnahmen in Gewerbegebieten oder wie es auch bei engen Straßenquerschnitten in verdichteten Innenstadtbereichen gelingen kann, zusätzliche Straßenbäume zu pflanzen. Weitere Projektteams stellen eine Checkliste für die Berücksichtigung von Hitze und Starkregen bei der kommunalen Notfallplanung vor oder entwickeln kombinierte Klima- und Vulnerabilitätsanalysen, die auch soziale Faktoren berücksichtigen.

www.difu.de/17129

Robert Riechel
+49 30 39001-211
riechel@difu.de

Strategien für Gründungsökosysteme: Konzept für die Landeshauptstadt Kiel

Wie können sich Kreativität und Gründungsideen in einer Kommune am besten entfalten und welche spezifischen ökonomischen, kulturellen, sozialen und politischen Rahmenbedingungen für Innovationen und Gründungen sind vorteilhaft?



Gründungsökosystem Kiel
Entrepreneurial Ecosystem

Die Entwicklung von Gründungsstandorten unterliegt einer Vielzahl von Faktoren und Rahmenbedingungen. Mit dem in der Forschung noch vergleichsweise jungen Konzept von Gründungsökosystemen, dem „Entrepreneurial ecosystem", werden bestimmende Faktoren im Zusammenhang betrachtet und deren vielfältige Wechselwirkungen berücksichtigt. Im Kern geht es dabei um die Frage, wie sich Kreativität und Gründungsideen am besten entfalten können und welche spezifischen ökonomischen, kulturellen, sozialen und politischen Rahmenbedingungen für Innovationen und Gründungen eine vorteilhafte Umgebung sind. Das Difu-Projektteam hat auf dieser Basis eine Untersuchungsmethode für den Gründungsstandort Kiel entwickelt und aus den damit gewonnenen Erkenntnissen ein Strategiekonzept für die künftige Entwicklung des Gründungsökosystems der Landeshauptstadt erstellt. Das Untersuchungsdesign umfasst drei Bereiche:

- Rahmenbedingungen, die ein Gründungsökosystem beeinflussen,
- Entrepreneurship-spezifische Faktoren, das sind Parameter, die direkt auf das Gründungsgeschehen einwirken, sowie
- Entrepreneurship, also das konkrete Gründungsgeschehen.

Insgesamt wurden in allen Bereichen entlang von weiter ausdifferenzierten Dimensionen und Faktoren 146 quantitative oder qualitative Indikatoren erfasst und hinsichtlich Zustand und Entwicklung in einer langfristigen Zeitreihe ausgewertet. Darüber hinaus erfolgte ein Benchmark-Vergleich mit den vier Städten Freiburg, Potsdam, Lübeck und Mönchengladbach.

Mit Hilfe des Benchmarkings war es möglich, Entwicklungen einzelner Faktoren in Kiel besser einzuordnen und im Kontext anderer Gründungsstandorte zu beurteilen. Die Erkenntnisse der Bestands- und Benchmarkanalyse wurden als Rahmen für eine SWOT-Analyse verwendet, um auf dieser Grundlage Handlungsfelder zu identifizieren und strategische Ziele abzuleiten. In allen Phasen wurden wichtige Stakeholder der Kieler Gründungslandschaft in den Prozess eingebunden, entweder durch Interviews oder durch Workshops, in denen die Ergebnisse der Arbeitsphasen reflektiert und weiterentwickelt wurden. Als Ergebnis entstand ein strategisches Konzept, das neben Zielen auch konkrete Maßnahmen und Hinweise zu deren Umsetzung sowie zu den wichtigsten Akteuren beinhaltet.

Für den Gründungsstandort Kiel konnte so eine übergreifende Strategie vorgelegt werden, die Aspekte der Stadtentwicklung mit sozioökonomischen Trends verbindet. Für Kiel liegen die Schwerpunkte demnach künftig darin, das Thema Nachhaltigkeit noch stärker bei Gründungen einzubeziehen und mit den städtischen Entwicklungen (Umsetzung der Agenda 2030) zu verknüpfen. Die Vielfalt der Gründungsszene, die hohe Dynamik in den Bereichen IKT und Kreativwirtschaft sowie das vorhandene starke Akteursnetzwerk, teilweise mit Wirkung über die Stadt hinaus, bieten sehr gute Ausgangsbedingungen für einen innovativen Gründungsstandort im Norden.

www.difu.de/17213

Dipl.-Ing.
Sandra Wagner-Endres
+49 30 39001-154
wagner-endres@difu.de

Dr. Stefan Schneider
+49 30 39001-261
schneider@difu.de

Oliver Peters, M.Sc.
+49 30 39001-204
opeters@difu.de

Durch Reallabore die Klimaresilienz in Kommunen fördern

Wie kann man Klimaresilienz in Kommunen fördern? Dieser Frage ging ein Difu-Forschungsteam gemeinsam mit weiteren Partnern im iResilience-Projekt nach. Die Erfahrungen aus drei Reallaboren in Köln und Dortmund liegen nun vor.

Das Handeln der Kommunen ist wichtig für eine erfolgreiche Anpassung an den Klimawandel. Durch ihre Einwirkung können Städte die Widerstands- und Veränderungsfähigkeit der Menschen und auch des städtischen Raums beeinflussen. Aber wie erreicht man die Menschen vor Ort am besten, um zu mehr Klimaresilienz zu kommen? Um das herauszufinden, startete das Difu im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) drei Reallabore in Köln und Dortmund. Darin untersuchte und erprobte das Institut gemeinsam mit mehreren weiteren Partnern im „iResilience-Verbund" innovative Beteiligungs- und Planungsformate. Diese sollen Anwohnende, lokale Unternehmen, Verwaltung und bürgerschaftliche Initiativen dabei unterstützen, sich gemeinsam auf die Herausforderungen des Klimawandels vorzubereiten. Denn vor allem die neu angestoßenen Kooperationen zwischen Kommunalverwaltung und Zivilgesellschaft können einen Beitrag zur Klimaresilienz in den Kommunen leisten.

Foto: iResilience, C. Linnartz

Das iResilience-Team legte einen besonderen Fokus auf die Schwerpunkte ‚Überflutungsvorsorge', ‚Urbanes Grün' sowie ‚Hitze und Gesundheit'. Hierbei wurden Akteur*innen aus Köln und Dortmund dabei unterstützt, innovative kooperative, gemeinschaftliche oder auch individuelle Lösungen für die Klimavorsorge zu entwickeln und umzusetzen – oder zur Umsetzung vorzubereiten. In den Reallaboren ging es darum, anhand innovativer Formate neues Wissen zu generieren und zu teilen, Eigenverantwortung zu übernehmen, bestehende Entscheidungsstrukturen zu nutzen, neue zu entwickeln sowie Netzwerke unterschiedlicher Wissensträger*innen zu knüpfen.

So wurden in speziellen „Ko-Arbeitsgruppen" zur Klimavorsorge Planungsprozesse initiiert und begleitet. Im Ergebnis zeigt sich, dass solche neuen Formate einen wichtigen Beitrag auf dem Weg zur klimaresilienten Stadt leisten können und dabei zugleich Bürger*innen und Ämter ins Gespräch bringen. Beispielsweise suchten mehrere Ämter, die Stadtentwässerungsbetriebe sowie Anwohnende der Stadt Köln gemeinsam nach der besten Lösung für eine klimaangepasste Umgestaltung eines „Wet-Spots". In einem mehrmonatigen Prozess vernetzten sich lokale Akteur*innen und Stadtverwaltung, lernten von- und miteinander und übernahmen die Verantwortung für das Arbeitsergebnis. Der kooperativ erarbeitete Vorschlag wurde schließlich gemeinsam der Kommunalpolitik vorgestellt. Aktuell läuft ein Förderantrag zur Umsetzung.

Die Erfahrungen aus den Reallaboren und den eingesetzten Formaten wurden anschließend ausgewertet. Basis dafür waren Interviews mit den Beteiligten aus den Quartieren sowie teaminterne Reflexionstreffen. Die Ergebnisse werden in Kürze als „Drehbuch" veröffentlicht, das Kommunen bei ihrer Arbeit unterstützen soll. Praxisbeispiele aus dem – im Rahmen der Leitinitiative Zukunftsstadt des BMBF geförderten – iResilience- Projekt veranschaulichen dabei das methodische Vorgehen. Die Arbeit in den Reallaboren brachte viel Bewegung in die Quartiere: Lokale Akteur*innen wurden für das Thema Klimawandel und die Folgen sensibilisiert, haben einen Überblick über Klimaanpassungsmaßnahmen gewonnen, entwickelten ein gemeinsames Zukunftsbild für ein klimafittes Quartier und gingen in die Maßnahmenplanung und -erprobung. Diese Erfahrungen und Ergebnisse werden in Broschüren veröffentlicht, um weitere lokale Akteur*innen dabei zu unterstützen, sich für klimafitte Quartiere zu engagieren.

www.difu.de/17200
www.difu.de/12505

Anne Roth
+49 221 340308-22
roth@difu.de

Jahresrückblick gibt Einblicke in die Difu-Forschung 2021

Das Difu präsentiert seinen Jahresrückblick und eine Auswahl der aktuellen Arbeit der vier Difu-Forschungsbereiche. Themen: Wohnungsbau, Klimafolgenanpassung, Smart City, stadtregionale Transformation im Rahmen der Pandemiebewältigung, Fußverkehr u.a.

Der Difu-Jahresrückblick 2021 informiert über die Arbeit des Instituts aus dem vergangenen Jahr und gibt Einblicke in wichtige Forschungsergebnisse, Projekte sowie weitere wissenswerte Aktivitäten und Neuigkeiten vom Difu.

Aus dem Inhalt: 2021 war das zweite Corona-Jahr in Folge – und die Pandemie hat das Potenzial, unsere Gesellschaft dauerhaft zu verändern. Was bedeutet die Krise für Städte und Stadtregionen? Mit welchen Folgen ist mittel- bis langfristig zu rechnen? Gemeinsam mit dem Deutschen Städtetag hat sich das Difu letztes Jahr auf den Weg gemacht, Antworten auf diese wichtigen Fragen zu geben. Über das neue Projekt berichtet Dr. Holger Floeting.

Doch auch ohne Corona sind die kommunalen Herausforderungen zahlreich. Vielerorts fehlt es an Wohnraum. Ohne Neubau und die Förderung von sozialem Wohnungsbau kann es nicht gehen. In gleich drei Projekten unterstützt das Difu die Kommunen auf dem Weg zu mehr Wohnungsbau. Prof. Dr. Arno Bunzel gibt einen Überblick über die Forschungsergebnisse.

Klar scheint aber auch zu sein: In Zukunft müssen wir uns auf mehr Wetterextreme einstellen. Wir müssen daher nicht nur Vorsorgemaßnahmen treffen, sondern Orte, Quartiere und Gebäude klimagerecht planen und bauen. Wie Kommunen in Anbetracht des Klimawandels vorsorgen können und wie sie das am Difu neu angesiedelte Zentrum KlimaAnpassung dabei unterstützt, erläutert Jens Hasse im Interview.

Ebenfalls neu gestartet ist die Koordinierungs- und Transferstelle Smart Cities, die das Difu seit August 2021 im Rahmen eines Konsortiums betreibt. Sie soll Kommunen dabei unterstützen, Digitalisierung strategisch im Sinne einer nachhaltigen, integrierten und gemeinwohlorientierten Stadtentwicklung anzugehen. Bereits mehr als 70 Kommunen beteiligen sich mit ihren Modellprojekten. Dr. Jens Libbe stellt die neue Einrichtung vor.

Und: Fußgängerfreundliche Städte sorgen nicht nur für mehr Lebensqualität. Sie sind auch ein wichtiger Schritt in Richtung Mobilitätswende und Klimaneutralität. Auf Fragen zur Fußverkehrspolitik und wie Kommunen den Fußverkehr stärker fördern können, geht Uta Bauer im Interview ein.

In 2021 hat das Difu zudem das Angebot für die Difu-Zuwender erweitert. In Form von kostenfreien Impulsvorträgen erhalten Zuwender Input zu zukunftsweisenden kommunal relevanten Themen. Über das neue Angebot informiert Ulrike Wolf.

Der Difu-Jahresrückblick 2021 steht zum kostenfreien Download zur Verfügung. Die ganze Bandbreite der Difu-Projekte, -Publikationen und -Veranstaltungen ist auf der Difu-Website zu finden sowie über die Social-Media-Känale des Instituts.

www.difu.de/17245
www.difu.de/15162

Dr. Sinje Hörlin
+49 30 39001-282
hoerlin@difu.de

Was sind eigentlich?

Superblocks

Begriffe aus der kommunalen Szene, einfach erklärt.

Die Idee der Superblocks (auf Katalanisch „Superilles“) kommt aus Barcelona und basiert auf dem dort typischen schachbrett-artigen Straßenmuster. Enorm hohe Bevölkerungsdichten, wenig Grün sowie gesundheitsgefährdende Lärm- und Luftschadstoffbelastungen durch den Straßenverkehr zwangen die Stadtverwaltung zum Handeln. Als Superblock wird ein Straßenblock von etwa 400 mal 400 Meter beziehungsweise drei mal drei Häuserblocks definiert, in dem der Kfz-Verkehr neu organisiert wird.

Ein ausgeklügeltes System von Diagonalsperren und Einbahnstraßen führt dazu, dass Kfz-Verkehr das Wohnviertel nicht mehr durchqueren kann. Zu Fuß Gehende und Radfahrende haben Vorrang, die verbleibenden Autos dürfen nur mit 10 bis 20 km/h ein- oder ausfahren. Der öffentliche Verkehr wird an den Außenkanten der Superblocks optimiert. Der dadurch gewonnene Straßenraum wird neu genutzt: Es werden Bäume gepflanzt, Blumenkübel gesetzt, Parkbänke errichtet, Tischtennisplatten aufgestellt. Die Folge:

———————————————————

„Durch Superblocks werden Straßen zum erweiterten Wohnzimmer. Man hört Kinderlachen statt Autolärm, atmet frische Luft anstelle von Abgasen und kommt mit der Nachbarschaft ins Gespräch. Der Zusammenhalt wird gefördert und die Lebensqualität für Anwohnende steigt.“

———————————————————

Der erste Superblock entstand 2017 im Stadtviertel Poble Nou – anfangs noch gegen Widerstände von Geschäftsleuten und Autofahrenden, doch mit großem Zuspruch der Anwohnenden. In den bisher gestalteten Superblocks, die im gesamten Stadtgebiet entstanden sind, ist das befürchtete Geschäftssterben ausgeblieben. Im Gegenteil: die Anzahl lokaler Läden stieg sogar um 30 Prozent. In anderen Städten gibt es ähnliche Initiativen, hier nennt man sie „Kiezblocks“ (Berlin), „Superbüttel“ (Hamburg), „Heinerblocks“ (Darmstadt) oder „Supergrätzel“ (Wien).

Weitere Begriffe online:
www.difu.de/6189

Edition Difu – Stadt Forschung Praxis

Radverkehr und Verkehrswende
Eine Geschichte von Gegenwind und Rückenwind
Von Tilman Bracher
2021, Bd. 19, vierfarbig, zahlreiche Fotos, 168 S., 34 €
ISBN 978-3-88118-680-3, eBook 29,99 €

So geht's
Fußverkehr in Städten neu denken und umsetzen
Uta Bauer (Hrsg.)
2019, Bd. 18, 240 S., vierfarbig, zahlreiche Abb. und Fotos, 39 €
ISBN 978-3-88118-643-8, eBook 33,99 €

Vielfalt gestalten
Integration und Stadtentwicklung in Klein- und Mittelstädten
Bettina Reimann u.a. (Hrsg.)
2018, Bd. 17, 364 Seiten, kostenlos
ISBN 978-3-88118-618-6
www.difu.de/12236

Wasserinfrastruktur: Den Wandel gestalten
Technische Varianten, räumliche Potenziale, institutionelle Spielräume
Martina Winker und Jan-Hendrik Trapp (Hrsg.), 2017, Bd. 16, 272 S., vierfarbig, 39 €
ISBN 978-3-88118-584-4

Kommunaler Umgang mit Gentrifizierung
Praxiserfahrungen aus acht Kommunen
Von Thomas Franke u.a., 2017, Bd. 15, 316 S., vierfarbig, zahlreiche Abb., 39 €
ISBN 978-3-88118-579-0

Sicherheit in der Stadt
Rahmenbedingungen – Praxisbeispiele – Internationale Erfahrungen
Holger Floeting (Hrsg.), 2015, Bd. 14, 392 S., zahlreiche Abbildungen, 39 €
ISBN 978-3-88118-534-9, eBook 33,99 €

Städtebauliche Verträge – Ein Handbuch
Vierte, aktualisierte und erweiterte Auflage. Mit Berücksichtigung der BauGB-Novelle 2013
Von A. Bunzel, D. Coulmas und G. Schmidt-Eichstaedt, 2013, Bd. 12, 466 S., 39 €
ISBN 978-3-88118-508-0, eBook 33,99 €

Difu-Arbeitshilfen

Verfahren zur Aufstellung von Bebauungsplänen
3., grundlegend überarbeitete Auflage unter Berücksichtigung des Baulandmobilisierungsgesetzes
Muster, Tipps und Hinweise für eine zweckmäßige und rechtssichere Verfahrensgestaltung
Von M.-L. Wallraven-Lindl und A. Uhmann
2022, 224 S., 39 Euro
ISBN 978-3-88118-682-7, eBook 33,99 Euro

Die Satzungen nach dem Baugesetzbuch
3. Auflage, A. Bunzel (Hrsg.), von A. Strunz, M.-L. Wallraven-Lindl, 2013, 172 S., zahlreiche Satzungsmuster, 29 €
ISBN 978-3-88118-526-4

Städtebauliche Gebote nach dem Baugesetzbuch
A. Bunzel (Hrsg.), von M.-L. Wallraven-Lindl, A. Strunz, 2010, 188 S., 30 €
ISBN 978-3-88118-486-1

Difu-Impulse

Vielfalt und Sicherheit im Quartier
Konflikte, Vertrauen und sozialer Zusammenhalt in europäischen Städten
G. Bartl, N. Creemers, H. Floeting (Hrsg.)
Bd. 3/2020, 182 S., 20€
ISBN 978-3-88118-667-4, eBook 16,99 €

Verkehrswende nicht ohne attraktiven ÖPNV
Wie lassen sich große ÖPNV-Projekte erfolgreich umsetzen?
Jürgen Gies (Hrsg.), Bd. 2/2020, 104 S., 18 €
ISBN 978-3-88118-648-3, eBook 15,99 €

Checkpoint Teilhabe
Kinder- und Jugendhilfe + BTHG – Neue ganzheitliche Lösungen entwickeln!
Veranstaltungsdokumentation
Dialogforum „Bund trifft kommunale Praxis"
Bd. 1/2020, 160 S., 20 Euro
ISBN 978-3-88118-653-7, eBook 16,99 €

Was gewinnt die Stadtgesellschaft durch saubere Luft?
Die lebenswerte Stadt: Handlungsfelder und Chancen
Von Tilman Bracher u.a., Bd. 2/2019, 68 S., 15 €
ISBN 978-3-88118-642-1, eBook 12,99 €

Öffentlichkeitsbeteiligung beim Netzausbau
Evaluation „Planungsdialog Borgholzhausen"
Von Stephanie Bock, Jan Abt, Bettina Reimann
Bd. 1/2019, 98 S., 15 €
ISBN 978-3-88118-640-7, eBook 12,99 €

Straßen und Plätze neu entdecken – Verkehrswende gemeinsam gestalten
Fachtagungsdokumentation
M. Hertel, T. Bracher, T. Stein (Hrsg.)
Bd. 8/2018, 90 S., 15 €
ISBN 978-3-88118-625-4, eBook 12,99 €

Junge Flüchtlinge – Perspektivplanung und Hilfen zur Verselbstständigung
Veranstaltungsdokumentation
Dialogforum (Hrsg.), Bd. 7/2018, 188 S., 20 €
ISBN 978-3-88118-626-1, eBook 16,99 €

Neue Konzepte für Wirtschaftsflächen
Herausforderungen und Trends am Beispiel des Stadtentwicklungsplanes Wirtschaft in Berlin
Von S. Wagner-Endres u.a.
Bd. 4/2018, 84 S., 15 €
ISBN 978-3-88118-614-8, eBook 12,99 €

Lieferkonzepte in Quartieren – die letzte Meile nachhaltig gestalten
Lösungen mit Lastenrädern, Cargo Cruisern und Mikro-Hubs, W. Arndt und T. Klein (Hrsg.)
Bd. 3/2018, 96 S., eBook 12,99 €

Difu-Papers

Klimaschutz, erneuerbare Energien und Klimaanpassung in Kommunen
Maßnahmen, Erfolge, Hemmnisse und Entwicklungen – Ergebnisse der Umfrage 2020
Von J. Hagelstange, C. Rösler und K. Runge
2021, 24 S., nur online
www.difu.de/16344

Altersarmut in Städten
Kommunale Steuerungs- und Handlungsmöglichkeiten. Von Beate Hollbach-Grömig u.a.
2020, 56 S., 5 €, eBook 3,99 €
www.difu.de/15789

Kommunale Wirtschaftsförderung 2019
Strukturen, Aufgaben, Perspektiven: Ergebnisse der Difu-Umfrage
Von Sandra Wagner-Endres
2020, 42 S., 5 €, eBook 3,99 €
www.difu.de/15617

Smart Cities in Deutschland – eine Bestandsaufnahme
Von Jens Libbe und Roman Soike
2017, 28 S., 5 €, eBook 3,99 €
www.difu.de/11741

Übersicht aller Publikationen + Bestellmöglichkeit

www.difu.de/publikationen
eBooks: http://difu.ciando-shop.com/info/einside/ – Info für Zuwender: www.difu.de/12544

Vertrieb: Difu gGmbH, Zimmerstraße 13-15, 10969 Berlin,
Tel. +49 30 39001-253, Fax: +49 30 39001-275, Mail: vertrieb@difu.de

Alle Difu-Veröffentlichungen und -eBooks sind für Difu-Zuwender kostenlos, die mit Stern gekennzeichneten Publikationen gibt es exklusiv für Zuwender auch digital.

Sonderveröffentlichungen
(teilweise auch/nur als Download)

Landeshauptstadt Kiel als Gründungsstandort: Bestandsaufnahme, Standortanalyse und Konzept zur strategischen Weiterentwicklung NEU
Abschlussbericht
Sandra Wagner-Endres u.a.
2022, 73 S., nur online
www.difu.de/17213

Klimafittes Düx. Gemeinsam packen wir es an 2021 NEU
Ergebnisse des Forschungsprojekts iResilience aus der Quartiersarbeit zwischen 2019-2021
Anne Roth und Christine Linnartz
2022, 48 S., nur online
www.difu.de/17200

Wechselwirkungen zwischen Wohnstandortwahl und Alltagsmobilität NEU
Wissenschaftliche Grundlagen und kommunale Praxis
Uta Bauer u.a.
2022, 57 S., nur online
www.difu.de/17193

Kurzgutachten Kommunale Wärmeplanung NEU
Robert Riechel und Jan Walter, UBA (Hrsg.)
2022, 69 S., nur online
www.difu.de/17181

Direkte und indirekte Umwelteffekte von intelligenten, vernetzten urbanen Infrastrukturen NEU
Abschlussbericht
Jens Libbe u.a., UBA (Hrsg.)
2022, 204 S., nur online
www.difu.de/17180

Hitze, Trockenheit und Starkregen Klimaresilienz in der Stadt der Zukunft NEU
R. Riechel und K. Wiemer, DStGB und Difu (Hrsg.)
2022, 52 S., nur online
www.difu.de/17129

Kooperative Planungsprozesse zur Stärkung gesundheitlicher Belange – modellhafte Erprobung und Entwicklung von Ansätzen zur nachhaltigen Umsetzung NEU
Teilbericht zur Dokumentenrecherche/-analyse
T. Preuß, C. Böhme, T. Franke, UBA (Hrsg.)
2021, 110 S., nur online
www.difu.de/17095

Monitor Nachhaltige Kommune – Bericht 2021
Visionen zur Stadt der Zukunft. Kommunen in der sozial-ökologischen Transformation
Von Jasmin Jossin
2021, 52 S., nur online
www.difu.de/17077

Steuerbare urbane Stoffströme – Möglichkeiten und Grenzen der nachhaltigen Steuerung städtischer und stadtregionaler Stoffströme mittels Instrumenten der Stadtplanung
Abschlussbericht
Von Maic Verbücheln u.a., UBA (Hrsg.)
2021, 280 S., nur online
www.difu.de/17052

Stadtplanung und Stadtentwicklung als Hebel für den Ressourcen- und Klimaschutz
Kommunale Instrumente, Fallbeispiele und Potenziale zur Reduktion der Ressourceninanspruchnahme
Von Maic Verbücheln u.a., UBA (Hrsg.)
2021, 68 S., nur online
www.difu.de/17038

Räumliche Dimensionen der Zukunftsstadt
Integrierte Perspektiven auf bauliche Strukturen und Freiräume
Von Robert Riechel, Synthese- und Vernetzungsprojekt Zukunftsstadt – SynVer*Z – (Hrsg.)
2021, 50 S., nur online
www.difu.de/16943

Innovationsfähigkeit der Wirtschaftsförderung: Akteure - Instrumente - Handlungsansätze. Gemeinschaftsstudie
Von Sandra Wagner-Endres, Henrik Scheller, Oliver Peters, Hanna Gieseler
2021, 93 S., nur online
www.difu.de/16879

SDG-Maßnahmen für Kommunen
Kommunaltypen, Handlungsempfehlungen und Praxisbeispiele
Von Oliver Peters u.a., 2021, 240 S., nur online
www.difu.de/16716

Kinder und Jugendliche im Quartier
Handbuch und Beteiligungsmethoden zu Aspekten der urbanen Sicherheit
Von Jan Abt u.a.
2021, 64 S., nur online
www.difu.de/16823

Radverkehrsinfrastruktur – Baustein der Verkehrswende
Gemeinsame Abschlusspublikation des NRVP-Forschungsbegleitkreises „Förderschwerpunkt Infrastruktur“
Tobias Klein (Hrsg.)
2021, 79 S., online und kostenlose Printversion
www.difu.de/16804

Ausweitung des kommunalen Wohnungsbestandes durch Neubau und Ankauf als wohnungspolitische Strategie
Von Ricarda Pätzold, Thomas Franke u.a., BBSR (Hrsg.), 2021, 129 S., nur online
www.difu.de/16801

Kooperation von Kommunen und Krankenkassen
Gemeinsam gesunde Lebenswelten schaffen
Von Christa Böhme und Thomas Franke
2021, 72 S., nur online
www.difu.de/16700

Das Umland der Städte
Chancen zur Entlastung überforderter Wohnungsmärkte. Plausibilitäten – Determinanten – Restriktionen
Von Carsten Kühl, Ricarda Pätzold u.a., i.A. des Verbändebündnisses Wohnungsbau
2021, 72 S., nur online
www.difu.de/16618

Aktive Bodenpolitik – Fundament der Stadtentwicklung
Bodenpolitische Strategien und Instrumente im Lichte der kommunalen Praxis
Von L. Adrian, A. Bunzel, D. Michalski, R. Pätzold
2021, 115 S., online und kostenlose Printversion
www.difu.de/16296

Stadtentwicklung in Coronazeiten
Von Arno Bunzel und Carsten Kühl
2020, 36 S., nur online
www.difu.de/15641

Klimaschutz in Kommunen
Praxisleitfaden. 3. Aufl., 2018, 454 S., nur online
www.difu.de/11742

Zeitschrift

Urbane Temporalitäten
Moderne Stadtgeschichte
MSG, Heft 2/2021, 176 S.
Einzelheft 12 Euro, Jahresabo (2 Hefte) 19 Euro

Städtisches Wissen
Moderne Stadtgeschichte
MSG, Halbjahresschrift, Heft 1/2021, 170 S.
Einzelheft 12 Euro, Jahresabo (2 Hefte) 19 €

Dokumentationen

Kommunalwissenschaftliche Dissertationen 2021
Rita Gräber (Bearb.), 2021, 176 S.,
Einzelband 27 €, Jahresabo 20 €
www.difu.de/17136

Graue Literatur zur Stadt-, Regional- und Landesplanung 2021
C. Bruchmann, 2021, 232 S.,
Einzelband 36,40 €, Jahresabo 28 €
www.difu.de/17137

Foto: Marcus Sielaff

Difu-Beitritt: Viele Vorteile für Städte, Verbände und Planungsgemeinschaften

Zentrale Kooperationspartner des Difu sind seine Partnerkommunen, Kommunalverbände und Planungsgemeinschaften. Mit ihnen kooperiert das Institut besonders eng und wird von ihnen durch jährliche Zuwendungen unterstützt. Diese enge Kooperation sorgt auch dafür, dass sich die Difu-Arbeit direkt am Praxisbedarf orientiert.

Modernes Stadtmanagement erfordert fundierte, aktuelle Kenntnisse in allen kommunal relevanten Gebieten. Für viele Städte ist es finanziell nicht möglich, eigene Forschung und Fortbildung zu betreiben. Ohne entsprechendes Hintergrundwissen ist die Entscheidungsfindung jedoch erschwert. Hier setzt die Arbeit des Instituts an. Als Forschungsinstitut der deutschen Städte arbeitet das Difu praxisnah, berät Kommunen, unterstützt ihre Fortbildung, moderiert den kommunalen Erfahrungsaustausch und bietet umfangreiche Serviceleistungen an:

Beratung
Verwaltungspersonal und Ratsmitglieder aus Zuwenderkommunen und -verbänden können sich mit Fachfragen direkt an das Institut wenden, um diese im persönlichen Gespräch mit den Fachleuten zu erörtern.
www.difu.de/12807

Fortbildung
Ob vor Ort, online oder am Berliner Standort, die praxisorientierten Difu-Seminare sind meist schnell ausgebucht. In diesem Fall lohnt sich die Zuwenderschaft besonders: Für Zuwender gelten stark reduzierte Seminarbeiträge. Das Institut hat sein Online-Fortbildungsangebot seit der Pandemie deutlich ausgeweitet. Exklusiv für Zuwender bietet das Difu Online-Impulsvorträge an.
www.difu.de/12805

Erfahrungsaustausch mit anderen Städten
Erfahrungsaustausch ist wichtig, um die Position der eigenen Stadt einschätzen zu können und Lösungswege vergleichbarer Städte kennen zu lernen. Das Difu bietet regelmäßigen Austausch an – teilweise exklusiv für Zuwender.
www.difu.de/15166

Die eigene Stadt als Untersuchungsgegenstand
Zuwender werden vom Difu z. B. als Fallstudienstädte im Rahmen seiner Studien bevorzugt ausgewählt. Auch Kostenbeteiligungen an Studien sind für Zuwender meist günstiger. Die einbezogenen Städte profitieren unmittelbar vom Wissenstransfer auf aktuellem Stand.
www.difu.de/projekte

Zugang zu exklusiven Informationen im Extranet – auch aus dem Homeoffice
Im Difu-Extranet stehen vielfältige Hintergrundinformationen exklusiv für Zuwender zur Verfügung: Berichte über Difu-Fortbildungen, „Virtuelle" Tagungsmappen, Vorträge, Aufsätze, Präsentationen sowie Volltexte ausgewählter Difu-Publikationen. Zuwender können sich über exklusive Neuerscheinungen auch per RSS-Feed informieren lassen. Auch aus dem Homeoffice ist der Zugang für Zuwenderstädte möglich (Verwaltungsmitarbeitende und Ratsmitglieder senden hierzu eine Passwort-Anfrage an das Difu: s. zweiter Link).
www.difu.de/extranet
www.difu.de/6334

Alle Neuerscheinungen kostenfrei im Regelversand
Zuwender erhalten die gedruckten Neuerscheinungen sämtlicher Difu-Publikationen automatisch kostenfrei zugesandt. Darüber hinaus bietet das Difu für seine Zuwender Publikationen auch als PDF oder eBook an, grundsätzlich kostenfrei. PDFs können direkt im Extranet heruntergeladen werden, eBooks kostenfrei über den Ciando-Shop:
Publikationen: www.difu.de/publikationen
eBook-Bezug: www.difu.de/12544
eBook-Shop: http://difu.ciando-shop.com/

Kostenfreier Zugang in die Difu-Datenbank ORLIS
Die Online-Recherchen in der Difu-Literaturdatenbank ORLIS ist für Zuwender kostenfrei. Die Datenbank ermöglicht den Zugang zu umfangreichen Informationen über kommunal relevante Literatur – teilweise im Volltext.
www.difu.de/12876

Ausführlichere Infos über Zuwender-Vorteile bieten die Difu-Website oder ein Anruf beim Difu
www.difu.de/12914

Sybille Wenke-Thiem
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Difu-Zuwenderschaft
+49 30 39001-209
wenke-thiem@difu.de

Dipl.-Pol. Patrick Diekelmann
Beratung ebooks
+49 30 39001-254
diekelmann@difu.de

Susanne Plagemann M.A.
Difu-Inter- & -Extranet
+49 30 39001-274
plagemann@difu.de

Dipl.-Geogr. Ulrike Wolf
Difu-Fortbildung
+49 30 39001-297
wolf@difu.de

Berichte – das Magazin des Difu

Herausgegeben von
Deutsches Institut für Urbanistik
Zimmerstraße 13-15, 10969 Berlin
www.difu.de

Redaktion
Sybille Wenke-Thiem (V.i.S.d.P.) unter Mitarbeit von Vera Gutofski, Dr. Sinje Hörlin, Fiona Lingenhöle, Luisa Sophie Müller, Janna Riffeler

Gestaltungskonzept
3pc, Neue Kommunikation GmbH

Layout
Vera Gutofski

Fotos
Fotos ohne Angabe: www.pexels.com, www.pixabay.com bzw. www.unsplash.com. Herzlichen Dank an alle Fotografierenden sowie an die Plattformen für die kostenfreie Bereitstellung!

Redaktionskontakt/Berichte-Verteiler
Difu-Pressestelle
Tel. +49 30 39001-208, Fax -130
presse@difu.de

Jahrgang/Erscheinungsweise
Jahrgang 48/vierteljährlich
ISSN 1439-6343
Stand: 18.3.2022

Druck
oeding print GmbH, Braunschweig.
Gedruckt auf umweltfreundliches Papier.
Holz aus nachhaltiger Forstwirtschaft.
100 Prozent PEFC.

Nutzung der Beiträge:
Frei, bei Nennung der Quelle (z.B.: aus Difu-Magazin Berichte, Ausgabe 1/2022). Belegexemplar/-Link/-PDF an die Difu-Pressestelle erbeten.

Kostenfreie Difu-Angebote

Difu-Website & Projektwebsites
Immer auf dem neusten Stand: Difu-Forschung, -Fortbildung, -Veröffentlichungen und vieles mehr sind auf der Difu-Website zu finden – und auch auf den verschiedenen Projekt-Websites, die das Difu im Rahmen seiner Projekte betreibt:
www.difu.de/
www.difu.de/15196

Difu-Magazin Berichte – auch online
Das Difu-Magazin informiert vierteljährlich über Forschungsergebnisse, Standpunkte, neue Publikationen, Projekte, Veranstaltungen und vieles mehr. Die Berichte erscheinen als Print- und Online-Version. Der Umstieg auf die papierlose Version hat viele Vorteile: Klima schützen, Platz sparen, früher informiert sein – und das Difu von den Portokosten entlasten. Der Wechsel ist einfach: E-Mail-Adresse online eintragen und absenden. Senden Sie anschließend einfach eine Mail an presse@difu.de und teilen uns mit, welche Postadresse wir streichen dürfen. Beim Erscheinen eines neuen Hefts erhalten eAbonnent*innen eine E-Mail mit dem Link zum aktuellen Heft (PDF). Durch das Online-Abo erhalten sie das Heft ca. zwei Wochen vor dem Erscheinen der Printausgabe, da Druck- und Versandzeiten entfallen. Das Online-Archiv reicht bis 1996 zurück.
www.difu.de/15194 (Verteileraufnahme)
www.bit.ly/3oNYFgD (Archiv)

E-Mail-Newsletter „Difu-News“
Alle zwei Wochen informiert das Difu über seinen E-Mail-Newsletter „Difu-News“ über interessante neue Inhalte auf der Difu-Homepage.
www.difu.de/newsletter

Veröffentlichungen
Viele Publikationen stehen kostenfrei zum Download auf der Difu-Homepage zur Verfügung. Andere können als Printexemplare oder eBooks käuflich erworben werden.
www.difu.de/publikationen

Öffentliche Veranstaltungsserie
Im Wintersemester bietet das Difu monatlich die gebührenfreie Veranstaltungsreihe der „Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte“ an, die sich zu jedem Termin mit einem anderen aktuellen Thema zur Zukunft der Städte befasst.
www.difu.de/veranstaltungen/difu-dialoge

Social Media-Kanäle
Über Facebook und Twitter kommuniziert das Difu aktuelle „teilenswerte“ Neuigkeiten aus dem Institut bzw. zu kommunal relevanten Themen. Ausgewählte öffentliche Difu-Veranstaltungen sowie ausgewählte Vorträge von Difu-Wissenschaftler*innen können auf Youtube live verfolgt oder „nachgesehen“ werden:
www.facebook.com/difu.de
www.twitter.com/difu_d
www.youtube.com/DeutschesInstitutfürUrbanistikDifu

Presseverteiler
Die Pressemitteilungen informieren über medienrelevante Neuigkeiten aus dem Institut.
www.difu.de/13168

RSS-Feeds
Feeds zu Pressemitteilungen, Veranstaltungen, Publikationen, Projekten, Ausschreibungen informieren in Echtzeit.
www.difu.de/15162

Bildcollage: Difu

Urbanität als Herausforderung

Difu übernimmt wissenschaftliche Begleitung zur Entwicklung eines neuen urbanen Quartiers in München.

Auf einem ca. 60 Hektar großen ehemaligen Kasernenareal der Landeshauptstadt München soll ein attraktiver, nutzungsgemischter Stadtteil mit 5.500 Wohnungen, sozialen, kulturellen und gewerblichen Einrichtungen sowie Erholungsflächen für die 15.000 künftigen Bewohner*innen neu entstehen. Zur Umsetzung dieses Ziels wird für eine Fläche von ca. zwölf Hektar Größe die neue Gebietskategorie „Urbanes Gebiet“ gemäß § 6a der Baunutzungsverordnung angewandt. Die angestrebten Nutzungen sollen in verträglicher Weise zusammengeführt und urbanes städtisches Leben ermöglicht werden. Besondere Bedeutung wird der Verortung der gewerblichen Nutzungen beigemessen, wobei insbesondere in der Erdgeschosszone Läden, Gastronomie, Einzelhandel und Nahversorgung belebende Impulse für den Stadtraum setzen sollen.

Die Umsetzung erfolgt auf der Basis einer „konsortialen Quartiersentwicklung“. Wichtige Elemente der Umsetzung sind ein Quartiers- und ein Gewerbeflächenmanagement sowie die Mobilitätskoordination und eine umfassende Öffentlichkeitsarbeit.

Die durch die Landeshauptstadt München beauftragte wissenschaftliche Begleituntersuchung ist ein Baustein der Qualitätssicherung des mit Mitteln der Nationalen Stadtentwicklungspolitik geförderten Prozesses der Quartiersentwicklung. Analysiert werden die Anwendung des „Urbanen Gebiets“ (§ 6a BauNVO) sowie das prozessuale und organisatorische Vorgehen. Es geht darum, zu analysieren, ob und in welchem Umfang die geförderten Maßnahmen den intendierten Anstoß für die Umsetzung des urbanen Quartiers erfüllen können.

Urbanität als Herausforderung

www.difu.de/17246

Prof. Dr. Arno Bunzel
+49 30 39001-238
bunzel@difu.de

Dipl.-Ing.
Franciska Frölich
von Bodelschwingh
+49 30 39001-245
froelich@difu.de

Produktive Innenstädte

Neues Projekt untersucht gute Beispiele vielfältiger produktiver Arbeit in den Innenstädten, Stadt- und Ortsteilzentren.

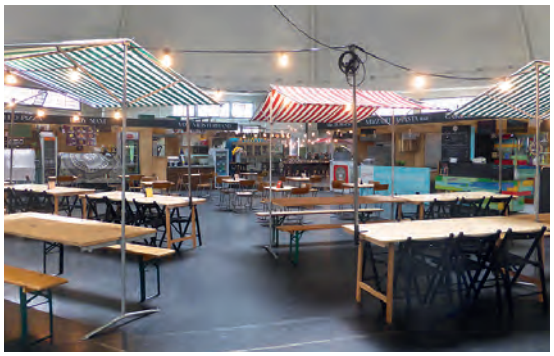


Foto: Ricarda Pätzold, Difu

Unter dem Begriff der „Produktiven Stadt“ wird seit einigen Jahren über die (Re-)Integration von Produktion in das städtische Gefüge debattiert. Urbane Produktion umfasst dabei nicht nur die Herstellung materieller Güter im engeren Sinne, sondern auch Dienstleistungen, die mit der Produktion von Gütern verknüpft sind, wie etwa die Kultur- und Kreativwirtschaft. In diesem Sinne sieht auch die Neue Leipzig-Charta die Innenstadtbereiche in einer umfassenden Transformation zu multifunktionalen Standorten. Diese sind geprägt von mehr Nutzungsvielfalt, mehr Grün, einer höheren Qualität der Ausstattung des öffentlichen Raums und auch von Unternehmen des produzierenden Gewerbes.

Die Förderung von Nutzungsmischung und Funktionsvielfalt in Innenstädten, Stadt- und Ortsteilzentren ist allerdings schon geraume Zeit ein wesentlicher Kern des Zentrenprogramms der Städtebauförderung. Ziel der Studie ist es, Erkenntnisse darüber zu gewinnen, wie sich traditionelle und neue Formen urbaner Produktion stadtverträglich integrieren lassen und welchen Beitrag sie zur Funktionsanreicherung von Innenstädten, Stadt- und Ortsteilzentren leisten (können).

Kern des vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) geförderten Projekts ist die vertiefende Analyse, Aufbereitung und Dokumentation von 20 ausgewählten Beispielen von Orten produktiver Arbeit in Innenstädten, Stadt- und Ortsteilzentren. Darauf aufbauend sollen Handlungsempfehlungen für die kommunale Praxis sowie Erkenntnisse für das städtebauliche Instrumentarium des Bundes abgeleitet werden. Das Difu führt das Projekt gemeinsam mit der Complan Kommunalberatung und dem Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie durch.

Produktive Innenstädte

www.difu.de/17198

Dipl.-Ing.
Ricarda Pätzold
+49 30 39001-190
paetzold@difu.de

Dipl.-Ing.
Sandra Wagner-Endres
+49 30 39001-154
wagner-endres@difu.de

Strukturierte Beteiligung

Wie die Systematisierung und Qualifizierung kommunaler Beteiligung gelingt: 16 Städte im Austausch

Foto: Christian Strauss, Difu

Kommunale Bürger*innenbeteiligung umfasst weitaus mehr, als einzelne Beteiligungsprojekte durchzuführen. Zahlreiche Städte haben sich daher in den letzten Jahren zum Ziel gesetzt, eine übergreifende und integrierte Beteiligungsstrategie zu entwickeln und unter dem Dach einer kommunalen Beteiligungskultur zu bündeln. Diesen Ansatz bezeichnet das Projektteam als „Strukturierte Beteiligung". Das Fundament eines solchen übergreifenden Konzeptes bilden in der Regel Leitlinien(-prozesse) für kommunale Bürger*innenbeteiligung. Für diese gibt es jedoch weder einen einheitlichen Aufbau noch eine allgemeingültige Vorgehensweise und somit kein fertiges Umsetzungsrezept. Dementsprechend suchen viele Kommunen nach bzw. experimentieren mit eigenen Wegen.

Das Projekt „‚Strukturierte Beteiligung' – wie gelingt's? Systematisierung, Weiterentwicklung und Qualifizierung kommunaler Beteiligungskonzepte (Leitlinienprozesse)" bietet Kommunen, die sich mitten in diesem Prozess befinden, einen Raum zur Reflexion, um den eigenen Weg zu überprüfen und ggf. nachzujustieren. Im Mittelpunkt steht der Austausch zwischen den 16 beteiligten Kommunen über gute und schwierige Erfahrungen mit Ansätzen „Strukturierter Beteiligung". Für interessierte Kommunen analysiert das Projekt zudem den Status quo, vertieft ausgewählte Aspekte und unterstützt die Reflexion und Weiterentwicklung des Beteiligungsansatzes vor Ort.

Um möglichst viele Kommunen zu motivieren, ihre Beteiligung zu strukturieren, erarbeitet das Projektteam abschließend Empfehlungen zum Aufbau und zur Weiterentwicklung einer „Strukturierten Beteiligung" in deutschen Kommunen.

Strukturierte Beteiligung

www.difu.de/17192

Dr. Bettina Reimann
+49 30 39001-191
reimann@difu.de

Städte nach Corona

Was bleibt nach der Pandemie? Welche mittel- und langfristigen Innovationen und Transformationen sind zu erwarten?

Foto: Peter Broytman, qimby

Zurzeit müssen Kommunen mit der aktuellen Krisensituation umgehen, kurzfristig Schadensminimierung betreiben und Pfade aus der derzeitigen Situation hin zu einer „neuen Normalität" finden. Gleichzeitig entwickeln sich innovative Praktiken bzw. Kulturen (Homeoffice, Digitalkultur, neue Konzepte für Mobilität und die Nutzung des öffentlichen Raumes, veränderte Innenstadtentwicklung usw.), die möglicherweise zu einer dauerhaften Transformation der Städte führen.

Das Vorhaben untersucht Transformationsprozesse in deutschen Städten und Stadtregionen im Zuge der Pandemiebewältigung und in der Post-Pandemie-Phase aus Sicht kommunaler Akteure. Es sollen mittel- und angenommene langfristige Veränderungen in ausgewählten kommunalen Aufgabenbereichen (z.B. Stadtentwicklung, Mobilität, Wirtschaft, Kultur) herausgearbeitet und damit kriseninduzierte Innovationsprozesse näher untersucht werden, um Handlungsempfehlungen für urbane Anpassungs- und Transformationsprozesse zu erarbeiten und an Praxisbeispielen zu erläutern. Im Rahmen einer geplanten Fachtagung sollen europäische Erfahrungen im Umgang mit der Pandemie und den Auswirkungen auf die Stadtentwicklung eingebunden werden.

Ziel ist es dabei auch, Potenziale überregionaler bzw. stadtregionaler Netzwerke und die Rolle von Metropolregionen im Hinblick auf Nachhaltigkeit und Resilienz sowie Herausforderungen von Kommunen in internationalen Grenzregionen und an Bundesländergrenzen einzuschätzen. Das Difu führt das Projekt zusammen mit dem Deutschen Städtetag als assoziiertem Partner durch. Das Vorhaben wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert.

Städte nach Corona

www.difu.de/17004

Dr. Holger Floeting
+49 30 39001-221
floeting@difu.de

Nachhaltig rentiert sich

Difu entwickelt mit Städten Instrument zur Berechnung von Nachhaltigkeitsrenditen kommunaler Investitionen.

Die Sustainable Development Goals (SDGs) sind für viele Städte ein unverzichtbarer Rahmen für ihr Nachhaltigkeitsmanagement. In Ergänzung dazu wurde das Modell der „Nachhaltigkeitshaushalte“ entwickelt. Sie sollen eine wirkungsorientierte Haushalts- und Verwaltungssteuerung ermöglichen, die die Verteilung von Finanzressourcen an Nachhaltigkeitszielen ausrichtet. Eine systematische Überprüfung, ob Aufwendungen und Erträge möglicherweise auch gezielt anders getätigt, umgelenkt bzw. erhoben werden könnten, erfolgt meist erst später in der Arbeit mit Nachhaltigkeitshaushalten.

Die Studie „Nachhaltigkeitshaushalt und ‚Nachhaltigkeitsrendite‘ – Strategische Orientierung im kommunalen Haushalt“, die das Difu im Verbund mit acht Städten und der NRW.Bank durchführt, verfolgt das Ziel, ein Instrumentarium zur qualitativen und quantitativen Ermittlung von „Nachhaltigkeitsrenditen“ in den drei Schwerpunkten Ökologie, Ökonomie und Soziales zu entwickeln. Dies erfolgt am Beispiel konkreter Investitionsmaßnahmen aus Kommunalhaushalten der Partnerkommunen. So soll das Instrument des Nachhaltigkeitshaushalts ergänzt und für Planungsprozesse einsetzbar gemacht werden. Das Instrumentarium soll helfen, nicht nur finanz- und haushaltspolitische Nachhaltigkeitsdebatten mit fachpolitischen Aspekten zu verknüpfen. Vielmehr soll es Hinweise zu mittel- und langfristigen „Renditeerwartungen“ liefern. Vorliegende Analysen arbeiten meist mit Tragfähigkeitsmodellen, die ausschließlich fiskalische Dimensionen von Nachhaltigkeit bzw. Generationengerechtigkeit fokussieren. Die neuen Berechnungsmodelle sollen Kosten-Nutzen-Effekte und Trade-offs konfliktlastiger Nachhaltigkeitsziele einbeziehen.

Nachhaltig rentiert sich

www.difu.de/16809

Dr. Henrik Scheller
+49 30 39001-295
scheller@difu.de

Nachhaltig mobil auf dem Land

Neues Difu-Forschungsprojekt zeigt Wege zu nachhaltiger Mobilität im ländlichen Raum auf.

Foto: Timo Barwisch 2021

Anders als in Großstädten dominiert in ländlichen Regionen der private Pkw die Verkehrsmittelwahl. Wer über einen Pkw verfügt, kann seine Ziele in der Regel schneller und zeitlich flexibel erreichen. Auf der anderen Seite führen ein ausgedünntes ÖPNV-Angebot und fehlende Alternativen dazu, dass Menschen ohne eigenen Pkw oft große Schwierigkeiten haben mobil zu sein und sich dadurch abgehängt fühlen. Es gilt, Mobilität in diesen Räumen zukünftig so zu planen und umzusetzen, dass gleichwertige Lebensverhältnisse hergestellt werden, die Umwelt entlastet und zum Klimaschutz beigetragen wird.

Viele planerische und konzeptionelle Ansätze, Institutionen zur Beratung und Wissensvermittlung, Formen interkommunaler Zusammenarbeit, Förderprogramme und Finanzierungsmöglichkeiten sind erprobt, diskutiert und analysiert worden – und teilweise auch wieder verschwunden. Es fehlt eine systematische Auswertung der verschiedenen planerischen Ansätze und ihrer Finanzierung.

Auf diese Wissenslücken und Fragestellungen soll das vom Umweltbundesamt (UBA) geförderte Forschungsprojekt interkommunalMobil Antworten geben. Gemeinsam mit dem Kasseler Planungsbüro plan:mobil wertet das Difu in den nächsten drei Jahren die verschiedenen planerischen Ansätze, Kooperationsformen und Konzepte zur Finanzierung systematisch aus. Daraus werden Empfehlungen abgeleitet, wo die Gesetzgeber (Bund und Länder) aktiv werden sollten, wie Planung zielgerichtet erfolgen sollte und wie Förderprogramme gestaltet sein sollten, um Fortschritte bei der Verkehrs- und Mobilitätswende auch im ländlichen Kontext zu erzielen.

Nachhaltig mobil auf dem Land

www.difu.de/17111

Dr. phil. Jürgen Gies
+49 30 39001-240
gies@difu.de

Gemeinsam für den Klimaschutz!

Neues Projekt soll Kommunen bei ihrem Engagement in Sachen Klimaschutz stärken und Aktivitäten verstetigen.

Auf kommunaler Ebene liegen große Potenziale, die es für den Klimaschutz zu nutzen gilt. Das Tempo bei der Umsetzung von Maßnahmen muss erhöht werden, sodass die Ziele des Bundes erreicht und die Verpflichtungen des Pariser Abkommens eingehalten werden können. Immer mehr Kommunen bekennen sich zum Klimaschutzziel des Bundes und setzen sich eigene ehrgeizige Ziele zum Erreichen der CO_2-Neutralität spätestens im Jahr 2045.

Mit einem praxisorientierten Unterstützungspaket will das Difu jene Kommunen, die bereits im Klimaschutz aktiv sind, bei der Verstetigung ihres Engagements unterstützen und solche Kommunen, die bisher weniger aktiv waren, zum Mitmachen motivieren. Das Projekt greift aktuelle Themen der öffentlichen Klimaschutzdebatte in Form von verschiedenen Aktionen und Informationsprodukten auf, mit dem Ziel, Akteure aus Verwaltung, Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft noch stärker miteinander zu vernetzen und Klimaschutz gemeinsam anzupacken. Veröffentlichungen, konkrete Umsetzungsanleitungen, Veranstaltungen, Schulungen und Trainings sowie gute Beispiele aus der kommunalen Praxis sollen kommunale Akteure dazu befähigen, konkrete Klimaschutzmaßnahmen vor Ort umzusetzen.

Nach der erfolgreichen Erprobung im Vorgängerprojekt werden die digitale Reihe „#Klimahacks“ und das Veranstaltungsformat „Klimaschutz macht Ah!“ bedarfsgerecht weiterentwickelt und in die Fläche getragen. Trainings zu den Kosten und Nutzen von Klimaschutzmaßnahmen für Kommunen und Multiplikatoren sowie Schulungen und Webinare zum kommunalen Klimaschutz-Monitoring runden das Angebot ab.

Gemeinsam für den Klimaschutz!

www.difu.de/17132

Dipl.-Geogr.
Björn Weber
+49 221 340308-10
bweber@difu.de

Umwelt im Quartier

In den Quartieren soll die sozial-ökologische Transformation der Städte Realität werden. Wie kann das gehen?

Foto: Dirk Schmidt, qimby

In den Städten liegen die zentralen Ansatzpunkte, um umweltpolitische Herausforderungen zu lösen. Das Leitbild einer sozial-ökologischen Transformation urbaner Räume rückt dabei einen integrierten Ansatz in den Mittelpunkt und setzt darauf, Bürger*innen und zivilgesellschaftliche Akteure zu aktivieren und zu beteiligen. Ob Mobilität, Klimaanpassung, Energieeffizienz oder der Zugang zu Grün- und Freiräumen: All diese Themen einer sozial-ökologischen Transformation sind auf Quartiersebene sichtbar und erlebbar. Im Quartier wird deutlich, wo Konflikte zwischen diesen Themen auftreten, aber auch, wo sich Potenziale für neue und übergreifende Lösungen ergeben.

Hier setzt das vom UBA geförderte Projekt „Umwelt im Quartier“ an. Es führt die vielfältigen umweltrelevanten Themen zusammen, analysiert ihr Zusammenspiel und identifiziert Herausforderungen und Synergiepotenziale. Auf dieser Basis entwickelt es passgenaue Handlungsansätze zur Verbesserung der Umweltqualität für unterschiedliche städtebauliche Strukturen. Zudem wird untersucht, inwieweit Synergien zwischen den Handlungsansätzen zur Verbesserung von Umweltqualitäten unter Berücksichtigung sozialer und gesundheitlicher Belange der Quartiersentwicklung bestehen und genutzt werden können.

Das Difu führt das Projekt gemeinsam mit dem IÖW (Hauptauftragnehmer) und Gröschel Branding durch. Unter Federführung des Difu erarbeitet das Team in einem Arbeitspaket fachliche Grundlagen für eine BMUV-Strategie zur kommunalen Nachhaltigkeit. Skizziert werden insbesondere zentrale Handlungsfelder an der Schnittstelle von Stadtentwicklung und Umweltschutz sowie Umsetzungs- und Kommunikationsmöglichkeiten.

Umwelt im Quartier

www.difu.de/17033

Dipl.-Ing. agr.
Thomas Preuß
+49 30 39001-265
preuss@difu.de

Zuversichtlich und positiv schaut das Difu auf die kommenden Monate. Vorsichtig und unter Beachtung geltender Hygienevorschriften starten wir wieder unsere Präsenzveranstaltungen. Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme, persönliche Gespräche und den Erfahrungsaustausch. Sollten kurzfristig Änderungen notwendig sein, so ist der aktuelle Stand stets auf unserer Website zu finden.

Neues Exklusiv-Angebot für Zuwender

Um den engen Kontakt zu unseren Zuwendern weiter zu vertiefen, haben wir ein neues Angebot entwickelt. Ergänzend zum Seminarprogramm bietet das Difu exklusiv für Zuwender ein neues Format an: die Online-Impulse. Details dazu sind im Difu-Extranet zu finden:
www.difu.de/17143

Veranstaltungsvorschau Auszug 1. Halbjahr 2022

Kommunaler Klimaschutz und Jugendpartizipation – Klimaschutz (be)trifft Jugend
Difu-Seminar
1. April 2022, online
www.difu.de/16846

Kommunale Solare Wärmenetze: Kennenlernen
Kommunaler Klimaschutz
4. April 2022, online
www.difu.de/17203

SK:KK-Online: Förderwissen für den Klimaschutz – Die novellierte Kommunalrichtlinie im Überblick
Kommunaler Klimaschutz
5. April 2022, online
www.difu.de/17211

Virtuelle Exkursion: Lokale Radverkehrsförderung in der Stadt Offenburg und dem Landkreis Ortenaukreis
Fortbildung Radverkehr
5. April 2022, online
www.difu.de/17229

Einwanderungsgesellschaft evidenzbasiert gestalten – Kommunales Integrationsmonitoring weiterentwickeln
Sonstige
6. April 2022, online
www.difu.de/17196

Wassersensible Stadt- und Regionalentwicklung: Herausforderungen für Berlin
Difu-Dialog
6. April 2022, online
www.difu.de/16930

Radverkehr im System: Strategien für erfolgreiche inter- und multimodale Mobilität
Fortbildung Radverkehr
27.–28. April 2022 in Offenburg
www.difu.de/17186

Energiemanagement als Erfolgsfaktor für Klimaneutralität in der Kommunalverwaltung
Kommunaler Klimaschutz
28. April 2022, online
www.difu.de/17235

Urbanität braucht Menschen: Fußverkehrskonzepte für die Innenstadt
Difu-Seminar
2.–3. Mai 2022 in Berlin
www.difu.de/16856

Radverkehr im System: Strategien für erfolgreiche inter- und multimodale Mobilität
Fortbildung Radverkehr
4.-5. Mai 2022 in Hamburg
www.difu.de/17187

Stadtverträglicher Wirtschaftsverkehr – Lösungen für den Güter- und Lieferverkehr
Difu-Seminar
9.–10. Mai 2022 in Berlin
www.difu.de/16842

Utrecht, Zwolle und Houten: Radverkehr als Stadtentwicklungsstrategie
Fortbildung Radverkehr
11.–13. Mai in Utrecht
www.difu.de/17148

Worauf Du Dich verlassen kannst...!? Partner in Krisen
Difu-Seminar
12.–13. Mai 2022 in Berlin
www.difu.de/16841

kommunal mobil 2022: Digitalisierung.Verkehr.Umwelt
Sonstige
12.–13. Mai 2022, online
www.difu.de/17179

Beteiligen in unruhigen Zeiten Erfahrungsaustausch Beteiligungskultur
Difu-Seminar
12.–13. Mai 2022 in Erfurt
www.difu.de/16843

Radverkehr im System: Strategien für erfolgreiche inter- und multimodale Mobilität
Fortbildung Radverkehr
1.–2. Juni 2022 in Leipzig
www.difu.de/17188

SK:KK-Online: Treibhausgasneutrale Kommune
Kommunaler Klimaschutz
14. Juni 2022, online
www.difu.de/17234

Kleingärten und grüne Infrastruktur Wie geht das zusammen?
Difu-Seminar
20.–21. Juni 2022 in Berlin
www.difu.de/16855

Kommunale Wärmeplanung Energiesparpotentiale im Gebäudebestand
Difu-Seminar
30. Juni –1. Juli 2022 in Berlin
www.difu.de/17157

Weitere Veranstaltungsangebote am Difu

Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte
www.difu.de/veranstaltungen/difu-dialoge

Dialogforum Jugendhilfe
www.jugendhilfe-inklusiv.de

Service- und Kompetenzzentrum Kommunaler Klimaschutz
www.klimaschutz.de/veranstaltungen

Zentrum KlimaAnpassung
www.zentrum-klimaanpassung.de/termine

Mobilitätsforum Bund
www.bit.ly/3qkg4zB

Überblick sämtlicher Veranstaltungen mit Details, Einzelprogrammen und Online-Anmeldetool – stets aktuell:
www.difu.de/programm

Zusammenarbeit von Kommunen und Wohnungswirtschaft gestalten

Die Wohnungsfrage ist seit Jahren Gegenstand kontrovers geführter politischer Debatten. Wie kommunale Wohnungspolitik in Zusammenarbeit mit der Wohnungswirtschaft gelingen kann, war Thema des Difu-WebSeminars „Partner im kritischen Dialog“.

Miet- und Bodenpreise steigen, der verfügbare Wohnraum ist knapp und bezahlbare Wohnungen sind Mangelware: Die Seminarteilnehmer*innen aus Kommunalverwaltungen, -politik und Wohnungswirtschaft machten die Dringlichkeit der Herausforderungen in den Kommunen deutlich. Als Gegenmaßnahmen fassen viele Städte Baulandbeschlüsse, legen Quoten für geförderten Wohnraum fest und formulieren Zielzahlen für den Wohnungsneubau.

Um die unterschiedlichen Fördernotwendigkeiten, benötigten Wohnungen und Einkommensgrenzen zu kennen, gilt es, örtliche Gegebenheiten genau zu analysieren. Beispielsweise haben Analysen in Karlsruhe ergeben, dass Alleinerziehende durchschnittlich 44 Prozent für das Wohnen ausgeben.

Foto: Ricarda Pätzold, Difu

Für Kommunen sind in der Wohnungsversorgung die eigenen Wohnungsunternehmen die wichtigsten Partner. Um Überforderung zu vermeiden und soziale Aufgaben auf viele Schultern zu verteilen, werden Kooperationen mit einem breiten Spektrum an Wohnungsunternehmen benötigt. Die Vielfalt an Modellen wächst: Trier gründete beispielsweise gemeinsam mit der Wohnungsbau und Treuhand AG (gbt) die Wohnungsbaugesellschaft „Wohnen in Trier“ (Wit), um rund 700 städtische Wohnungen zu sanieren.

Der Erfahrungsaustausch und ein Beitrag aus der privaten Wohnungswirtschaft (VIVAWEST) im Seminar zeigten, dass sich das Erwirtschaften von Renditen und die Übernahme von sozialer Verantwortung durchaus vereinen lassen. Gleichwohl erfordert die Zusammenarbeit mit Privaten mehr Abstimmung und ggf. auch Überzeugungsarbeit. Am Ende zählt die Qualität vereinbarter Regeln.

Als zentrale Grundlage der Zusammenarbeit mit städtischen Wohnungsunternehmen wurde eine Kommunikation auf Augenhöhe genannt. Erfahrungsberichte der Städte Karlsruhe und Duisburg machten die kontinuierliche und enge Abstimmung deutlich. Regelmäßige Treffen sowie projektbezogene Arbeitsgruppen bilden den Rahmen – entscheidend sind dabei Transparenz und Offenheit untereinander. Diese Faktoren gelten gleichermaßen für die Kooperation mit anderen Wohnungsmarktakteuren.

Ein weiterer wichtiger Partner sind die Wohnungsbaugenossenschaften. Im Austausch der teilnehmenden Städte wurden zum Teil unterschiedliche Rollenverständnisse der Genossenschaften beschrieben – gerade in Bezug auf den Wohnungsneubau. Die Potsdamer Wohnungsbaugenossenschaft „Karl Marx“ berichtete hingegen von der fruchtbaren Zusammenarbeit mit der Stadt sowie weiteren Akteuren. Genossenschaften können am Grundstücksmarkt nicht mit privaten Wohnungsunternehmen konkurrieren. Wenn die kommunale Grundstücksvergabe aber im Konzeptvergabeverfahren zum Festpreis stattfindet, können sie den Mehrwert genossenschaftlichen Wohnens einbringen Die Genossenschaften verfügen über einen gewichtigen Teil der bezahlbaren Wohnungsbestände. Daher gilt es, auch sie als wichtige Partner für die Stadt in den Austausch einzubeziehen und Fragen der Wohnraumversorgung gemeinsam anzugehen.

Mit dem „Bündnis für das Wohnen“ bringt die Freie und Hansestadt Hamburg seit Jahren die relevanten Akteure zusammen. Gemeinsam werden Vorgaben und Ziele für den Wohnungsbau erarbeitet, Interessenskonflikte gelöst und die Umsetzung der Ziele nachgehalten. „Es geht besser miteinander“, lautet die Erkenntnis der Beteiligten.

Aus dem Difu-Seminar konnte daher folgende Erfolgsformel für eine Zusammenarbeit von Kommunen und Wohnungswirtschaft abgeleitet werden: Gemeinsame Erwartungshaltungen und Ziele formulieren; Verbindlichkeit, Transparenz und Offenheit sicherstellen und für schlanke Arbeitsstrukturen und Konzentration auf die notwendigen Akteure sorgen.

www.difu.de/17146

Dipl.-Ing.
Ricarda Pätzold
+49 30 39001-190
paetzold@difu.de

Dipl.-Ing.
Franciska Frölich
von Bodelschwingh
+49 30 39001-245
froelich@difu.de

Smart City-Projekte als Bausteine für eine nachhaltige Stadtentwicklung

Kommunale Digitalisierungsstrategien standen im Fokus des Difu-WebSeminars „Alles virtuell und doch real“. Dabei wurde erörtert, wie sich Städte mit den Wirkungen von Digitalisierungsprojekten auseinandersetzen und sie in strategische Ziele einbeziehen.

Immer mehr Kommunen entwickeln Digitalisierungsstrategien und setzen Ideen und Projekte der Smart City um. Die Wirkungen digitaler Lösungen auf unterschiedlichen räumlichen Ebenen, aber auch in den verschiedenen Handlungsfeldern, rücken dabei verstärkt in den Fokus. Die Akzeptanz smarter Lösungen steht und fällt nicht zuletzt mit ihrem Beitrag zur nachhaltigen Stadtentwicklung.

Im Difu-Seminar am 25. November 2021 wurde diskutiert, wie sich die Städte derzeit mit den Wirkungen der Digitalisierung auseinandersetzen und Digitalisierungsprojekte in strategische Entwicklungsziele einbeziehen. Im Zentrum standen dabei zunächst Erfahrungen mit Monitoring und Evaluation im Rahmen von Smart-City-Lighthouse-Projekten, wie sie in den vergangenen Jahren von der Europäischen Kommission gefördert wurden. Die Projekte „Grow Smarter“ und „Smarter Together“, vorgestellt von Julia Egenolf, Stadt Köln, und Korinna Thielen, Landeshauptstadt München, bildeten dabei den Referenzrahmen.

In beiden Projekten zeigte sich, dass sich der Nutzen von digitalen Anwendungen in der Praxis beweisen musste. Es wurden Daten in erheblichem Umfang generiert, und die Frage der für die Smart City notwendigen Datenaustauschkultur offenbarte sich als durchgehend wichtiges Thema. Der Aufbau von Monitoring- und Evaluationssystemen bedeutete jeweils den Ausbau eigener Expertise in den Bereichen Datenanalyse und Datenmanagement, einschließlich des Aufbaus von Datenplattformen. Für das Monitoring ist die kontinuierliche bzw. regelmäßige Datenerhebung zentral, bei der Evaluation geht es dann vor allem darum, auf Basis einer vergleichenden Analyse zu einer auch inhaltlichen Bewertung zu kommen. Die Kriterien und die zugrunde gelegten Indikatoren sollten dabei nachvollziehbar sein.

In diesem Zusammenhang gewinnt zudem das Thema der offenen Daten noch einmal eine besondere Relevanz, wie Dr. Tobias Bürger von der Bertelsmann Stiftung erläuterte. Die Offenlegung der im Rahmen von Smart-City-Projekten generierten Daten ist gerade auch für die Akzeptanz durch die Bürger*innen entscheidend.

Erste konzeptionelle Überlegungen zur Wirkungsmessung stellte Dr. Charlotte Räuchle vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) am Beispiel der „Modellprojekte Smart Cities“ vor. In Abgrenzung zu Monitoring und Evaluation gehe es bei der Wirkungsanalyse darum, die Wirkungen einer Maßnahme in Bezug auf ihre Ziele zu verstehen. In der Untersuchung der derzeit 73 von der Bundesregierung geförderten Modellprojekte zeige sich, dass sich der ursprünglich technologische Bias im Narrativ der Smart City mehr und mehr auflöst und Digitalisierung immer stärker in den Kontext von Transformationsstrategien nachhaltiger Stadtentwicklung gestellt wird.

In der Abschlussdiskussion äußerten die Teilnehmenden den Wunsch, dass aus den Erfahrungen mit den EU-geförderten Projekten gelernt und Schlüsse für Modellprojekte in Deutschland gezogen werden. Es sei wichtig, Monitoring und Evaluation von Beginn an mitzudenken. Qualitative und quantitative Daten zu Projektfortschritten und -erfolgen sollten den Städten nicht einfach abgefordert werden, sondern geeignete Schlüsselindikatoren gemeinsam mit und zwischen den Städten identifiziert werden. Es gehe weniger darum, alle potenziellen Erfolge messen zu müssen als vielmehr eine Orientierung zu geben, in welche Richtung sich ein Projekt entwickelt bzw. welchen Beitrag es zu den gesetzten Zielen leistet. Der Fokus auf bestimmte Handlungsfelder könne dabei ein geeigneter erster Schritt sein. So umgesetzt könne dies ein Beitrag zum Praxisbezug, und auch ein Hinweis dahingehend sein, dass nicht jede Kommune ihr eigenes System an Indikatoren entwickeln muss, sondern dieses im Austausch zwischen den Modellprojekten entsteht.

www.difu.de/17159

Dr. Jens Libbe
+49 30 39001-115
libbe@difu.de

Bühne frei! – Kulturstrategien in ungewissen Zeiten

Seit Pandemiebeginn müssen sich Kulturschaffende und kommunale Kulturverwaltungen stets wandelnden Rahmenbedingungen stellen. Welche Strategien helfen, resilient auf Herausforderungen zu reagieren? Diese Frage stand im Zentrum eines Difu-Seminars.

Einschnitte in die Kommunalhaushalte wurden vom Bund vorläufig abgewendet. Für die laufende Saison verschafft dies weitgehende Stabilität. Wie sich Kulturverwaltungen und Kulturschaffende aber auch in Zukunft besser gegen Herausforderungen wappnen können, war Gegenstand eines Difu-WebSeminars.

Die Entwicklung auf mittlere Sicht bleibt nach Einschätzung von Prof. Dr. Martin Zierold, Leiter des Instituts für Kultur- und Medienmanagement an der Hochschule Hamburg für Theater und Musik, ungewiss. Denn mit dem Ende der Pandemie wird die Krise seiner Ansicht nach nicht überwunden sein. Er konstatierte eine kollektive Erschöpfung in der Gesellschaft, die längst den Kulturbetrieb erreicht hat und stellte fest, dass Corona im Kulturbereich eine Krise auf Ebene der Werte, der Relevanz und der Finanzierung offengelegt habe. Wesentliche Zukunftsfragen würden indessen nicht gestellt. Er regte an, (vermeintliche) Gewissheiten zu verlernen, um unter den veränderten Umständen neu lernen zu können.

Die Nachfrage des Publikums bei der Wiederaufnahme von Kulturaufführungen in gewohnter Form ist teilweise verhalten. Nach Ansicht von Prof. Dr. Martin Zierold und der Intendantin des Hamburger Produktionshauses „Kampnagel“, Amélie Deuflhard, zeigt dies, dass es nicht nur darum geht, Vertrauen in die Begegnung in geschlossenen Räumen wiederzugewinnen. Auch die Beziehung einer Kulturstätte zu ihrem Publikum spiele eine Rolle. Lebendige Netzwerke seien unabdingbar, um kulturelle Angebote im Sinne einer partizipativen Stadtkultur weiterzuentwickeln. Dabei müssen Darbietungen, Spielorte und Sichtbarkeit insgesamt neu gedacht werden.

Akzeptiert man Kultur im Sinne eines erweiterten Kulturverständnisses als Ressource der Stadtgesellschaft, dann müssen nach Ansicht von Klaus Hebborn, Kulturdezernent des Deutschen Städtetages, Kulturressorts in den kommunalen Verwaltungen stärker mit anderen Ressorts verbunden werden. So setzt die Bonner Sport- und Kulturdezernentin Dr. Birgit Schneider-Bönninger darauf, Synergien zwischen verschiedenen Verwaltungsressorts auszuschöpfen. In der von ihr initiierten ZukunftsArena Sport und Kultur fließen

Sportstätten und Kulturorte zusammen, wodurch Potenziale und Talente entfaltet und demokratische Werte gefördert werden. Im Austausch wurde deutlich, dass eine derartige ämterübergreifende Zusammenarbeit zu Zukunftsthemen unter Mitwirkung des Kulturressorts bereits in einigen Städten Praxis ist.

Darüber hinaus stellten die Teilnehmenden fest, dass sich das Selbstverständnis der Kulturämter in Richtung einer Servicestelle für Kulturschaffende verändert. So berichtete Dr. Matthias Rauch, Leiter der kulturellen Stadtentwicklung bei „next Mannheim“, dass die Kreativ- und Wirtschaftsförderung der Stadt seit Beginn der Pandemie eine Telefonhotline für Anfragen betreibt. Sie setze auf eine engmaschige Kommunikation mit ihrem Netzwerk an der Schnittstelle von Kultur- und Kreativwirtschaft und biete Design-Thinking-Workshops sowie individuelle Beratungstermine an, um innovative cross-sektorale Geschäftsmodelle auszuloten.

Das sich verändernde Selbstverständnis der Kulturverwaltungen ist auch Gegenstand des Seminars, das das Difu vom 13. bis 14. Juni 2022 ausrichtet. Darin geht es um das Potenzial von Kultur und Kreativität bei der Vitalisierung von Innenstädten.

www.difu.de/17172

Sabine Wacker
+49 30 39001-249
wacker@difu.de

Dipl.-Volkswirt
Rüdiger Knipp

Nachhaltig mobil in der Stadtregion – Interkommunale Planung im Fokus

Beim Difu-Seminar „Mobil zwischen Stadt und Umland – Verflechtung neu gestalten“ wurde der Frage nachgegangen, mit welchen Planungen und Maßnahmen Verkehr über Gemeindegrenzen hinweg auf einen Nachhaltigkeitskurs gebracht werden kann.

Insbesondere im suburbanen Raum ist der PKW das meistgenutzte Verkehrsmittel – und bisher ist keine Trendwende erkennbar. Die Teilnehmenden des Difu-Seminars diskutierten den langsamen Ausbau des ÖPNV, der in der Region oft keine echte Alternative zum privaten Pkw ist. Park-and-ride-Plätze als Lösung waren in der Diskussion umstritten. Im Sinne einer nachhaltigen Mobilität sollte die Teilstrecke mit dem individuell genutzten Pkw möglichst kurz sein. Das impliziert eine dezentrale Anlage von Park & Ride. Ob zentrale oder dezentrale Plätze geplant werden, die Flächen könnten auch für Wohnungsbau mit guter ÖPNV-Anbindung genutzt werden. Und um zu verhindern, dass die ganze Wegstrecke mit dem eigenen Pkw zurückgelegt wird, sind Push-Maßnahmen am Zielort (wie z.B. kostenpflichtige Parkplätze), aber auch ein attraktives ÖPNV-Angebot auf der letzten Meile notwendig.

Foto: Vera Gutofski

Die regional ausgerichtete Mobilitätsstrategie FrankfurtRheinMain 2030 verfolgt die Leitlinien „Mobilität für alle“, „unnötigen Verkehr vermeiden“ und „nötigen Verkehr gestalten“. Zu den Maßnahmen gehören u.a. Radschnellwege. Mit dem „Schienencoach“ hat die Region eine Stelle geschaffen, die Kommunen z.B. bei Fragen der Reaktivierung von Schienenstrecken berät.

In Nordrhein-Westfalen werden Radschnellwege, die Gemeinden miteinander verbinden, wie Landesstraßen behandelt – das Land übernimmt die Verantwortung für Bau und Betrieb. Weil Verkehr keine Gemeindegrenzen beachtet, ist eine interkommunal abgestimmte Planung wichtiger denn je. Das Recht bietet für kreisfreie Städte und angrenzende Landkreise mit Blick auf den ÖPNV und die typischerweise unterschiedlichen Aufgabenträger Möglichkeiten zur Zusammenarbeit. So können Angebotsbrüche an Zuständigkeitsgrenzen vermieden werden. Auch bei verschiedenen Sharing-Angeboten ist eine interkommunale Zusammenarbeit sinnvoll – etwa um in einer Stadtregion ein einheitliches Angebot aufzubauen und um Nutzen und Lasten unterschiedlich rentabler Regionen ausgleichen zu können. Nicht überall sind bereits interkommunale Organisationsstrukturen etabliert. Im Raum Ulm/Neu-Ulm kümmert sich ein Verein, der Regio-S-Bahn Donau-Iller e.V., um den Aufbau eines S-Bahn-Netzes. An den zukünftigen Strecken sollen attraktive Schnittstellen zu Fahrrad, Bus und Auto geschaffen werden.

Die Region Hannover ist seit vielen Jahren Aufgabenträgerin des ÖPNV und auch für die Regionalplanung und die Wirtschaftsförderung zuständig. In den kommenden 15 Jahren soll in der Region die Verkehrswende realisiert werden. Neben dem Ausbau von S-Bahn, Regionalexpress sowie der Stadtbahn werden attraktive Buslinien zusätzliche Verbindungen zwischen der Stadt und dem Umland herstellen. Ergänzt wird das Liniennetz aus Bus und Bahn mit integrierten On-demand-Angeboten.

Die Verkehrsmittel des Umweltverbunds so zu verbessern, dass ihre Nutzung mehr Menschen als heute anspricht, ist ein zentrales Handlungsmotiv. Betriebliches und behördliches Mobilitätsmanagement in Baden-Württemberg zielen darauf ab, die Verkehrsmittelwahl in Richtung Umweltverbund zu lenken: Bei guter ÖPNV-Anbindung werden landeseigene Stellplätze bewirtschaftet, um so einen Anreiz zu schaffen, auf die Nutzung des privaten Pkw zu verzichten.

Wenn die Verkehrswende gelingen soll, müssen die Maßnahmen in der Stadtregion ansetzen. Dies kann nur gelingen, wenn die Kommunen beim ÖPNV, beim Radverkehr, bei Sharing-Angeboten sowie bei den Standorten für Siedlungs- und Arbeitsplatzentwicklung stärker als bisher zusammenarbeiten. Hierzu gibt es Erfahrungen und teilweise bereits Strukturen, auf die gebaut werden kann.

www.difu.de/17100

Dr. phil. Jürgen Gies
+49 30 39001-240
gies@difu.de

Dipl.-Geogr. Uta Bauer
+49 30 39001-151
bauer@difu.de

Klimanotstand: Beschluss stärkt kommunale Klimaschutzaktivitäten

Einen Klimanotstandsbeschluss umzusetzen, bedeutet für eine Kommune Chance und Herausforderung zugleich. Mit welchen Strategien und Maßnahmenpaketen Klimaschutz weiter vorangetrieben werden kann, stand im Fokus eines Difu-WebSeminars.

Die vergangenen Jahre waren verstärkt durch Extremwetterereignisse wie Hitzerekorde oder Starkregen geprägt. Die Dringlichkeit des Handelns wird immer deutlicher. Entsprechend hat die Bevölkerung, allen voran die Bewegung „Fridays for Future“, die Politik mit zahlreichen Protesten aufgefordert, endlich zu handeln. Nicht zuletzt mit der Novellierung des Klimaschutzgesetzes und dem formulierten Ziel der Klimaneutralität bis 2045 durch die Bundesregierung haben diese Aktivitäten Wirkung gezeigt.

Auch auf kommunaler Ebene haben die Proteste vielfach zu verstärktem Engagement für Klimaschutz und Nachhaltigkeit geführt. Als erste deutsche Stadt hat Konstanz am 2. Mai 2019 den Klimanotstand ausgerufen. Inzwischen haben zahlreiche Kommunen ebenfalls entsprechende Beschlüsse gefasst. Die Umsetzung des Klimanotstandsbeschlusses erfolgt sehr unterschiedlich. Vielfach wurde eine Prüfung der Klimarelevanz von Beschlussvorlagen eingeführt. Die Ausgestaltung dieser Checks sowie die organisatorische Verankerung innerhalb der kommunalen Verwaltung sind sehr verschieden. Die Erfahrungen zeigen, dass hier verfügbare Tools und Prüfvorlagen von großer Bedeutung sind. So hat das Difu in Abstimmung mit dem Deutschen Städtetag (DST) beispielsweise eine „Orientierungshilfe für die Prüfung klimarelevanter Beschlussvorlagen in kommunalen Vertretungskörperschaften“ erarbeitet. Auch mit der Excel-basierten Klimawirkungsprüfung (KWP), die das ifeu-Institut gemeinsam mit dem Klimabündnis zum Download bereitstellt, lassen sich Klimachecks mit qualitativen Fragen und quantitativen Bewertungen durchführen. Die Stadt Aschaffenburg hat sich an diesen Instrumenten orientiert und die Bewertung der Klimawirkung kommunaler Vorhaben in ihre Verwaltungsabläufe integriert. Positiver Nebeneffekt der Klimarelevanzprüfung: Der regelmäßige Austausch zwischen den verschiedenen Fachabteilungen sensibilisiert ressortübergreifend für das Thema und steigert die Qualität der beschlossenen Maßnahmen.

Wie ein Klimanotstandsbeschluss konkret und zügig zur Umsetzung gelangen kann, zeigt das „Sofortmaßnahmenprogramm zum Klimanotstand 2020“ der Stadt Leipzig. Zeitnah nach Ausrufen des Klimanotstands im Oktober 2019 wurde dort ein dezernatsübergreifender Prozess in Gang gesetzt und ein Paket aus 24 kurzfristigen Maßnahmen in sieben Handlungsfeldern entwickelt. Damit soll entscheidend zur Reduktion der Treibhausgasemissionen und zum Leipziger Ziel, Klimaneutralität bis zum Jahr 2050, beigetragen werden.

Das Erreichen der Klimaneutralität auf kommunaler Ebene erfordert die Zusammenarbeit aller Akteur*innen. Aber wie werden Kommunen klimaneutral? Klimaneutralität als strategisches Ziel einer kommunalen Klimapolitik erfordert die Planung und Umsetzung ambitionierter Maßnahmen in allen Handlungsfeldern. Gleichzeitig sollte die Wirksamkeit der Umsetzung überprüft werden. Aus Sicht des DST bestehen Hemmnisse z.B. beim Ausbau der erneuerbaren Energien und deren Vereinbarkeit mit dem Immissions- und Artenschutz. Der Ausbau und die Dekarbonisierung des Nah- und Fernwärmenetzes sowie die Sanierung des Gebäudebestands sind wichtige Stellschrauben. Die im Difu-WebSeminar vorgestellten Strategien und konkreten Projekte der Stadt Emden und dem Flecken Steyerberg boten den Teilnehmenden vielfältige Impulse für die eigene Klimaschutzarbeit vor Ort. Die anschließende Diskussion zeigte, dass die ehrgeizigen Ziele nur zu erreichen sind, wenn alle Akteur*innen vor Ort gemeinsam aktiv werden, denn der CO_2-Ausstoß muss über alle Sektoren hinweg weiter und schneller reduziert werden.

www.difu.de/17185

Dipl.-Geogr.
Björn Weber
+49 221 340308-10
bweber@difu.de

Dipl.-Geogr.
Franziska Wittkötter
+49 221 340308-23
wittkoetter@difu.de

Stephanie Frank

unterstützt seit Dezember 2021 als Referentin im Bereich Öffentlichkeitsarbeit das Team des „Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz“ im Difu-Forschungsbereich Umwelt am Standort Berlin. Sie studierte Medienwissenschaften, Kunstgeschichte und Literaturwissenschaften (Magister) in Jena und Nottingham. Bereits während ihres Studiums sammelte sie Erfahrungen als Redakteurin der Hochschulzeitung und beim Radio. Im Anschluss daran ging sie für ein Volontariat im Bereich PR und Öffentlichkeitsarbeit an die Hochschule der Medien in Stuttgart. Nach einer längeren Zeit des Reisens kehrte sie 2018 nach Berlin zurück, wo sie zuletzt als Redakteurin im Bereich Medienbeobachtung tätig war.

Stefanie Hanke

verließ nach zwölf Jahren das Difu Ende Januar 2022 und ist seitdem als Referentin im Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) tätig. Als Juristin und wissenschaftliche Mitarbeiterin arbeitete sie am Difu-Standort Berlin zunächst im Forschungsbereich Mobilität und Infrastruktur, den sie auch stellvertretend leitete. 2018 wechselte sie aufgrund ihrer fachlichen Ausrichtung in den Forschungsbereich Stadtentwicklung, Recht und Soziales. In ihren Forschungsprojekten und Wissenstransferleistungen befasste sie sich mit praxisrelevanten und interdisziplinären Fragestellungen im Bereich des Öffentlichen Bau- und Planungsrechts, des raumbezogenen Umwelt- und Mobilitätsrechts und des Kommunalen Wirtschafts- und Finanzrechts. Im Fokus ihrer Arbeit standen zuletzt die Baulandmobilisierung und das Baugebot. Neben ihrer Tätigkeit als wissenschaftliche Mitarbeiterin war die rechtliche Beratung und Unterstützung der Geschäftsführung sowie das Datenschutzmanagement des Difu ein weiterer zentraler Arbeitsschwerpunkt von Stefanie Hanke.

Jana Helder

ist seit Januar 2022 als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Forschungsbereich Infrastruktur, Wirtschaft und Finanzen am Difu-Standort Berlin tätig. Sie übernimmt in der „Koordinierungs- und Transferstelle Modellprojekte Smart Cities“ Tätigkeiten im Bereich der Beratung und Forschung. Zuvor arbeitete Jana Helder im Fraunhofer Spin-off BABLE zu Fragen nachhaltiger und digitaler Stadtentwicklung mit Fokus auf Entwicklungs- und Umsetzungsstrategien für Smart-City-Maßnahmen. Jana Helder studierte Maschinenbau (MA) und Technologiemanagement (BA) an Universitäten im In- und Ausland: München, Guadalajara, Sydney, Stuttgart und Sheffield.

Rüdiger Knipp

wechselt nach 20 Jahren am Difu in den Ruhestand. Nach zuvor langjähriger Tätigkeit im kommunalen Bereich brachte der Diplom-Volkswirt seine wertvolle Praxiserfahrung als wissenschaftlicher Mitarbeiter in den Bereich Fortbildung des Difu ein. Dort konzipierte und moderierte er eine Vielzahl von Seminaren für Fach- und Führungskräfte der Kommunen. Verwaltungsmodernisierung, öffentliche Finanzwirtschaft, Korruptionsprävention sowie bildungs-, sport-, kultur- und integrationspolitische Themen gehörten zu seinem weiten Themenspektrum. Neben den Seminaraktivitäten baute Rüdiger Knipp ein Referent*innen-Netzwerk auf. 2017 wechselte er in den Forschungsbereich Infrastruktur, Wirtschaft und Finanzen, führte weiterhin Difu-Seminare durch und arbeitete an Projekten zu Bürgerhaushalt, Wirtschaftsförderung, Nachhaltigkeitsmanagement und strategischer Steuerung in Kommunen. Darüber hinaus war er seit 2013 als Gesundheitsbeauftragter des Difu kompetenter Ansprechpartner – besonders in der schwierigen Zeit der Pandemie.

Gesine Stingl

ist seit Januar 2022 Referentin für Drittmittelmanagement am Difu-Standort Berlin. Nach einem Studium der Betriebswirtschaft und dem Master of European Studies arbeitete Gesine Stingl mehrere Jahre als Projekt-Controllerin von Drittmittelprojekten an einem Forschungs- und Beratungsinstitut in den Bereichen Klima, Umwelt und Entwicklung. Im Anschluss daran unternahm sie einen Perspektivenwechsel und arbeitete als Betriebswirtin bei einem Projektträger.

Ina Tresp

beendete Ende Januar 2022 nach knapp zwei Jahren ihre Tätigkeit als Vergabereferentin am Difu. In der Vergabestelle war sie für alle Mitarbeitenden die Ansprechperson in sämtlichen Vergabefragen. Unter anderem führte sie zahlreiche umfangreiche Vergabeverfahren durch, entwickelte neue Beschaffungsantragsformulare, überarbeitete die Difu-Beschaffungsregelungen und schulte die Mitarbeitenden. Darüber hinaus unterstützte sie als Vertretung die juristische Referentin. Ina Tresp wechselt in das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg als Referentin für allgemeine Rechtsangelegenheiten und Vergabe.

Abgebildete (v.l.n.r.)
Stephanie Frank (Foto: Alina Weber), Stefanie Hanke (Foto: David Ausserhofer), Jana Helder (Foto: 2021 BABLE - Pierre A. Filohn), Rüdiger Knipp (Foto: David Ausserhofer), Gesine Stingl, Ina Tresp (Fotos: Vera Gutofski)

Difu in der Jury des Kommunalen Fußverkehrspreises

Difu-Wissenschaftlerin Uta Bauer ist Jurymitglied des von FUSS e.V. erstmals ausgelobten Kommunalen Fußverkehrspreises Deutschland. Gesucht werden innovative bauliche Maßnahmen, die den Fußverkehr in den Kommunen verbessern und zum Nachahmen einladen. Bis zum 1. Juli 2022 können sich Städte und Gemeinden bewerben. Der Wettbewerb wird durch das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz sowie das Umweltbundesamt gefördert.
www.bit.ly/34QyyzH

Lebendige Innenstädte von Kleinstädten im Fokus

„Von Kleinstädten, mit Kleinstädten und für Kleinstädte“ war das Motto der Bundestagung „Kleinstädte in Deutschland“ am 21. Januar, bei der Difu-Wissenschaftlerin Dr. Elke Bojarra-Becker über das Modellvorhaben „Innenstadt (be)leben“ berichtete. Im Austausch mit Bürgermeister*innen von Städten, die auch an Modellprojekten teilnehmen, stand die Zusammenarbeit von Kleinstädten im Rahmen der Kleinstadtakademie im Fokus. Die Tagung bot Fachvorträge und Diskussionsrunden mit Expert*innen und Bürgermeister*innen aus Kleinstädten zu den Schlüsselthemen Demokratiebildung und Resilienz. Die Veranstaltung ist online dokumentiert:
www.bit.ly/3BlFbGz

Klimaanpassung vor Ort: Mehr Grün in die Stadt!

Welche Strategien bringen den Klimaschutz in Kommunen voran? Wie lässt sich mehr Akzeptanz in der Bevölkerung schaffen? Welche Unterstützung braucht es von Bund und Ländern? Diese und weitere Fragen diskutierten Expert*innen online auf Einladung des „Behörden Spiegel“ bei der Veranstaltung „Mehr Grün in die Stadt! – Kommunalen Klimaschutz vor Ort gestalten“ am 27. Januar. Difu-Wissenschaftlerin Dr. Andrea Fischer-Hotzel sprach in der Runde über das gemeinsam von Difu und adelphi im Auftrag des Bundesumweltminsteriums betriebene Zentrum KlimaAnpassung und darüber, wie Kommunen und soziale Einrichtungen Unterstützung erhalten können.
www.bit.ly/35VOQYI

Energiewende vor Ort mit Beteiligung umsetzen

Welche Rolle Kommunen bei der Planung des Netzausbaus spielen und wie eine gute Öffentlichkeitsbeteiligung gelingt, führt Difu-Wissenschaftlerin Dr. Stephanie Bock im Interview aus, das auf der EnergieSystemForschung-Plattform erschienen ist. Sie erläutert, welche Faktoren entscheiden, ob der Bau von Stromtrassen unterstützt oder mit Protesten bekämpft wird. Frühzeitige Kommunikation und transparente Beteiligung sind dabei zwei Schlüsselfaktoren.
www.bit.ly/3JyfJRB

Unterstützung für klimaaffine Kommunen

Ambitionierte Klimaziele und bereits spürbare Klimafolgen bedeuten erhöhte Anstrengungen für eine klimagerechte Stadtentwicklung. Wie Kommunen durch Difu-Projekte Unterstützung und Beratung für Klimaschutz und Klimaanpassung bekommen, erläutern Corinna Altenburg und Jens Hasse vom Difu in der Fachzeitschrift „Forum Wohnen und Stadtentwicklung“ des Bundesverbands Wohnen & Stadtentwicklung.
www.bit.ly/3IwX5rI

Videopodcast über die Zukunftsstadt

Welchen zentralen Herausforderungen müssen sich die Kommunen in der Zukunft stellen? Wie sieht die Zukunftsstadt-Forschung in Deutschland aus? Diese und weitere Fragen beantwortet Difu-Wissenschaftler Dr. Jens Libbe in einem Videopodcast der Plattform „Synthese und Vernetzung * Zukunftsstadt“. In der neunteiligen Videopodcast-Reihe kommen auch weitere Akteure aus der Forschung und Praxis zu Fragen rund um die Stadt der Zukunft zu Wort.
www.bit.ly/3w0ZlVL

Wie die Wohnraumoffensive gelingen kann

Unter dem Titel „Wohnraumoffensive der neuen Bundesregierung – die Richtung stimmt“, benennt Difu-Institutsleiter Prof. Dr. Carsten Kühl gemeinsam mit Prof. Dr. Tom Krebs von der Universität Mannheim Instrumente und Akteure, die helfen können, den sozialgebundenen Wohnungsbau zu stärken. In dem Text für den „blog politische ökonomie“ beschreiben die beiden Experten am 7. Februar, inwiefern das Wohngeld ein wichtiges Instrument für den Übergang sein kann und regen die Gründung eines „Bündnisses bezahlbarer Wohnraum“ an.
www.bit.ly/36T3sIR

Innenstadt zwischen Rettungsmission und Neuerfindung

Difu-Wissenschaftlerin Ricarda Pätzold sprach am 15. Februar im Rahmen einer Online-Diskussionsrunde, die von der SPD Freiburg veranstaltet wurde, über die Zukunft der Innenstadt. In ihrem Beitrag ging es u.a. um Vorstellungen zum Wohnen in der Innenstadt, neue Nutzungsideen & gelungene Umsetzungsbeispiele aus anderen Kommunen. Die Diskussion ist online dokumentiert:
www.bit.ly/3toUzOV

Podiumsdiskussion zu nachhaltigem Wirtschaften in Bonn

Im Rahmen der digitalen Podiumsveranstaltung „Bonner Wirtschaft – Nachhaltig, und wie?!“ am 16. Februar stellte sich Difu-Wissenschaftler Dr. Henrik Scheller der Frage: Was machen Unternehmen aus der Region bereits und wo sehen sie Herausforderungen in der Umsetzung von Nachhaltigkeit? Die von der Bonner Ratskoalition aus Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt veranstaltete Diskussionsrunde wurde online dokumentiert:
www.bit.ly/3hFkvQE

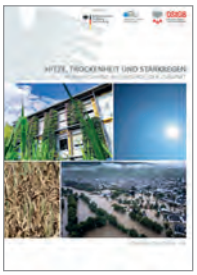
Mobilität im Quartier nachhaltig gestalten

Welche Maßnahmen werden benötigt, damit Bewohner*innen ihr Mobilitätverhalten im Sinne der Nachhaltigkeit ändern und Alternativen zum Auto nutzen? Diese Frage stand am 23. Februar im Zentrum des #DBUdigital-Forums der Deutschen Bundesstiftung Umwelt. Difu-Mobilitätsexpertin Anne Klein-Hitpaß nahm neben anderen geladenen Fachleuten an der Diskussion teil. In ihrer Argumentation ging sie u.a. auf die Privilegien des Autos als entscheidende Stellschraube ein.
www.bit.ly/3KgtHqW

Fotos (v.l.n.r.)
3: Wolf-Christian Strauss, Difu
4: Philipp Böhme (qimby)

Neues im Difu Inter-/Extranet

Berichte 1/2022



Online-Infos für Difu-Zuwender und Öffentlichkeit

Im Difu-Inter- und Extranet sind viele aktuelle, kommunal relevante Informationen zu finden, u.a. Vortrags- und Seminardokumentationen, Seminarberichte und Online-Publikationen. Einige der Materialien sind exklusiv für Difu-Zuwender, daher lassen sie sich nur über das Stadtnetz bzw. ein Passwort öffnen. Zuwender gelangen auf der Difu-Homepage an diese Infos über die Rubrik „Extranet". Im Berichte-Magazin sind Exklusiv-Inhalte mit diesem Symbol ★ gekennzeichnet.

Ausschließlich Rat und Verwaltung der Difu-Zuwenderstädte bzw. -verbände haben kostenfreien Zugang zum Difu-Extranet:
→ www.difu.de/extranet/

Übersicht der Städte bzw. Verbände, die zum Kreis der Difu-Zuwender gehören:
→ www.difu.de/15192

Sollten trotz Zuwenderstatus der Zugang ins Difu-Extranet nicht funktionieren, Probleme im Umgang auftreten oder Fragen bestehen, so hilft der Bereich Wissensmanagement des Difu gern weiter:

Susanne Plagemann, M.A.
+49 30/39001-274
plagemann@difu.de

Kostenfreie Difu-eBooks für Zuwender: Bezugsverfahren vereinfacht

Die Bestellung von Difu-eBooks kann direkt durch Ratsmitglieder und Verwaltungsmitarbeitende der Difu-Zuwenderstädte und -verbände erfolgen. Zum Erhalt einzelner kostenloser Downloadcodes müssen daher nicht mehr die Difu-Ansprechpartner*innen der jeweiligen Stadt kontaktiert werden. Zudem mailen wir ab sofort interessierten Difu-Ansprechpartner*innen automatisch einen Code zum kostenfreien Download jeder kostenpflichtigen Difu-Neuerscheinung zu. Wer diesen Service künftig nutzen möchte oder Fragen zu eBooks hat, wendet sich bitte an: vertrieb@difu.de.
Details hierzu finden Sie auch auf der Difu-Homepage:
→ www.difu.de/12544

Veröffentlichungen zum Download

Difu-Magazin Berichte 1/2022
→ www.difu.de/17232

Difu-Jahresrückblick 2021
→ www.difu.de/17245

Landeshauptstadt Kiel als Gründungsstandort: Bestandsaufnahme, Standortanalyse und Konzept zur strategischen Weiterentwicklung
→ www.difu.de/17213

Klimafittes Düx. Gemeinsam packen wir es an – Ergebnisse des Forschungsprojekts iResilience aus der Quartiersarbeit zwischen 2019-2021
→ www.difu.de/17200

Wechselwirkungen zwischen Wohnstandortwahl und Alltagsmobilität
→ www.difu.de/17193

Kurzgutachten Kommunale Wärmeplanung
→ www.difu.de/17181

Direkte und indirekte Umwelteffekte von intelligenten, vernetzten urbanen Infrastrukturen
→ www.difu.de/17180

Hitze, Trockenheit und Starkregen
Klimaresilienz in der Stadt der Zukunft
→ www.difu.de/17129

Kooperative Planungsprozesse zur Stärkung gesundheitlicher Belange – modellhafte Erprobung und Entwicklung von Ansätzen zur nachhaltigen Umsetzung
→ www.difu.de/17095

Veranstaltungsdokumentationen, Vorträge und Videos

Donut-Ökonomie – Nische oder Potenzial für kommunale Nachhaltigkeit?
→ www.difu.de/16929

Klimaanpassung im Quartier: Herausforderungen, Maßnahmen, Akteure
→ ★ www.difu.de/17227

Klimagerechte Mobilität im ländlichen Raum
→ ★ www.difu.de/17218

Innenstadt – zwischen Rettungsmission und Neuerfindung
→ www.difu.de/16928

Lärm und Innenentwicklung –
ist das noch gesund?
→ www.difu.de/16927

Bühne frei (!)
Kulturstrategien in ungewissen Zeiten
→ ★ www.difu.de/17089

Kommunen im Klimanotstand
→ ★ www.difu.de/17090

Partner im kritischen Dialog
→ ★ www.difu.de/17091

Presseresonanz – das Difu in den Medien
Nachfolgend eine Auswahl von Beiträgen, in denen das Difu erwähnt wurde – in Form von Interviews, Zitaten, O-Tönen, Difu-Projekt-, -Veröffentlichungs- oder -Veranstaltungsnennungen. Die Links führen zu den Beiträgen.

Garten + Landschaft, 14.3.2022
Arbeitshilfe Bebauungsplan leicht gemacht
Das Instrument der Bebauungspläne ist nicht neu und nicht trivial. Deshalb hat das Difu die Arbeitshilfe Bebauungsplan neu aufgelegt.
www.bit.ly/35UW5Ri

ZEIT ONLINE, 6.3.2022
Wohin mit dem Lastenrad?
Die Zahl der Transporträder steigt stetig. Im öffentlichen Raum fehlen für sie oft ausgewiesene Stellplätze. Städte arbeiten daran, das zu ändern.
www.bit.ly/3ws2bTK

WDR.de, 28.2.2022
Autofreie Innenstädte: Was Städte in NRW planen – und ob es gelingt
Fußgänger, Radfahrer und Autos müssen sich in NRWs Innenstädten wenig Raum teilen. Mehrere Städte wollen die Situation entschärfen.
www.bit.ly/3KKNLSP

der gemeinderat, 9.2.2022
Von Superblocks und globalen Fahrplänen
Klimawandel, nachhaltige Stadtentwicklung und Pandemie sind auch für das Difu wichtige Themenfelder: Carsten Kühl über laufende Forschungsprojekte und erste Ergebnisse.
www.bit.ly/3rUIX6U

Detektor FM, AutoMobil, 7.2.2022
Wie helfen höhere Parkgebühren?
Parkgebühren sind in Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern besonders niedrig. Was wäre, wenn man die Gebühren erhöht?
www.bit.ly/3BocjgV

rbb Inforadio, 3.2.2022:
Der große Durchbruch für die Berliner Fußgänger ist noch nicht erreicht
Seit einem Jahr ist der Fußverkehr Teil des Berliner Mobilitätsgesetzes. Trotz Fortschritten ist das Ziel für mehr Sicherheit noch nicht erreicht.
www.bit.ly/3sNnkUX

MieterMagazin Spezial, 1+2 2022
Modelle gegen den Landschaftsfraß: Mehr Fläche bringt nicht mehr Glück
Wie kann nachhaltiger und flächensparender gebaut werden? Wohin entwickelt sich die Stadt, und was wäre wünschenswert?
www.bit.ly/3BDuLT3

Klasse! Der Ver.di-Wirtschaftspodcast, 06, 26.1.2022
Muss das Wohnen so teuer bleiben?
Ricarda Pätzold und Patrick Schreiner diskutieren mit Marco Herack, wie sich der Wohnungsmarkt regulieren lässt und was jetzt zu tun ist.
www.bit.ly/34LrRPY

Deutschlandfunk, 24.1.2022
Wohnungsbau-Offensive: Folgt ein hoher Flächenverbrauch?
Difu-Wissenschaftler Thomas Preuß spricht im Interview über den Konflikt zwischen Wohnungsbau und Flächensparen sowie mögliche Lösungswege.
www.bit.ly/3oBaAQf

Süddeutsche Zeitung, 14.1.2022
Druck von der Straße
In vielen Städten sammeln Aktivisten Unterschriften für bessere Fahrradwege. Doch was setzen die Kommunen am Ende wirklich um?
www.bit.ly/3oEZvgW

hr-fernsehen, mex, 12.1.2022
Autos raus? – wie Innenstädte sich verändern
Parkgebühren in der Innenstadt: Mehr Klimaschutz, weil weniger Autos in die Stadt kommen, mehr Einnahmen, weil gerade das Anwohnerparken teurer wird. Wie reagieren hessische Städte auf den Wandel?
www.bit.ly/34BZseZ

Die Wirtschaftszeitung, 11.1.2022
Die vier Ziele in der Stadt von morgen
In der Jahresserie „Die Stadt der Zukunft“ wurde das urbane Leben von morgen in den Fokus genommen. Vier Aspekte stechen dabei besonders heraus. Difu-Institutsleiter Carsten Kühl ordnet ein, wie sie das städtische Leben prägen können.
www.bit.ly/3LD3vIX

KOMMUNAL., 6.1.2022
Damit kommunale Wirtschaftsförderung gelingt
Wer als Kommune Zukunft gestalten will, muss die Wirtschaftsförderung in den Mittelpunkt rücken. „Dazu braucht es auch Mut, die ‚Wertefrage‘ zu stellen“, sagen Difu-Expert*innen.
www.bit.ly/33cQswe

Behörden Spiegel, Januar 2022
15-Minuten-Stadt
Die Vision der „Stadt der kurzen Wege” oder einer „15-Minuten-Stadt” lässt sich schnell beschreiben: Alle für Bürger wichtigen Alltagsziele sollten bequem zu Fuß oder mit dem Fahrrad erreichbar sein. Wie lässt sich eine Stadt der kurzen Wege umsetzen?
www.bit.ly/3GBEfyU

Garten + Landschaft, 31.12.2021
Wie sieht die Stadt der Zukunft aus?
Was wünscht sich die Bevölkerung für die Stadt der Zukunft? Eine Untersuchung von Bertelsmann Stiftung und Difu zeigt, dass die Menschen sich mehr urbane Wildnis und weniger Abfall wünschen.
www.bit.ly/3BdK8ky

Der Neue Kämmerer, 20.12.2021
Ampel auf Klimaschutz gestellt
Klimaschutz und Klimaanpassung werden zentrale Themen der neuen Legislaturperiode sein. Um Klimaneutralität zu erreichen, müssen in den nächsten vier Jahren die Weichen gestellt werden.
www.bit.ly/3Luq4PF

ZEIT ONLINE, 19.12.2021
Kann man Sicherheit in Beton gießen?
Vor fünf Jahren raste ein Lkw auf den Berliner Breitscheidplatz. Seit dem Anschlag stehen dort Barrieren. Auch anderswo verändern Poller und Gräben die Städte. Hilft das?
www.bit.ly/35VMzg8

Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 12.12.2021
Der Schlüssel zur urbanen Mobilitätswende
Deutschlands Städte arbeiten an klimaschonenden Verkehrskonzepten, um zukunftsfähig zu bleiben. Sie setzen auf öffentlichen Nahverkehr und den Ausbau der Elektromobilität.
www.bit.ly/3BcavY8

Deutsches Institut
für Urbanistik

www.difu.de